Quality in Business Information

Presse-Clipping:

23. Handelsblatt Jahrestagung

Energiewirtschaft

19. bis 21. Januar 2016, Berlin

Ihr Ansprechpartner
Philipp Schiwek
Presse-Referent
Telefon: 02 11/96 86–3387
Mail: presse@euroforum.com

Handelsblatt, 19.01.2016

Handelsblatt

Handelsblatt > > Politik > Deutschland > Sigmar Gabriel auf der Energietagung

SIGMAR GABRIEL AUF DER ENERGIETAGUNG

'Es gab zu viele Experimente in der Wirtschaft'

Autor:
Datum: 19.01.2016, 21:06:49 Uhr

Sigmar Gabriel fordert eine Rückkehr der Marktwirtschaft in der Energiepolitik. Vor allem die Subventionen für grünen Strom müssten weiter gekürzt werden, so der Wirtschaftsminister auf der Handelsblatt-Energietagung.

Gabriel sieht den Energiemarkt in einem 'beispiellosen Umbruch'. Das zeige sich auch an der Neuordnung der Energie-Riesen Eon und RWE. Foto: dpa

PREMIUM

Am Anfang ein paar Bemerkungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Situation, weil es nicht ganz unwichtig ist, das einzuordnen. Wir empfinden uns manchmal fast als Insel der Glückseligen, wir haben die höchsten Beschäftigungszahlen in der Geschichte der Republik. Wir haben steigende Kaufkraft und Wachstumszahlen, die seit zehn Jahren konstant nach oben zeigen. Und trotzdem muss man, glaube ich, vorsichtig sein bei der Vermutung, das ginge alles so weiter und man könne sich sicher sein.

Erstens ist bei den niedrigen Ölpreisen und den exzellenten Währungsbedingungen für die Exportwirtschaft Deutschlands Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent nicht dramatisch hoch. Zweitens, wenn wir sehen, was in China und Lateinamerika passiert, kann man jetzt auch nicht einfach davon ausgehen, dass Deutschland auf Dauer davon völlig unbetroffen sein wird.

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Handelsblatt

Deshalb glaube ich, dass eine der großen Gefahren in der jetzigen gesellschaftlichen und politischen Lage ist, dass wir uns zu sicher fühlen, dass die wirtschaftliche Entwicklung immer so weitergeht. Dabei sollten wir in den nächsten Monaten darüber reden, was nötig ist, um in dem Land, auch als Lokomotive für Europa, wieder einen nächsten Modernisierungsschub hinzubekommen.

Dass man mit großen Problem aufräumt, dass wir seit über zehn Jahren eine zu geringe Nettoinvestitionsquote in den Unternehmen haben, ganz speziell in denen, die energieintensiv sind. Dass wir im Forschungsbereich uns immer auf die Schulter klopfen, wenn wir knapp drei Prozent Anteil Forschung und Entwicklung am BIP haben, bei dem die Europäer nur bei zwei Prozent liegen. In Wahrheit sitzen unsere Konkurrenten aber in Südkorea, die bei viereinhalb sind.

Ich finde, dass wir die Debatte verändern müssen hinsichtlich der Frage: Was können wir tun, um die Produktivität unserer Wirtschaft zu verbessern? Da gehört die Frage dazu: Wie gehen wir mit den Herausforderungen der Digitalisierung um - einer globalen, datengetriebenen Wirtschaft? Eines der Themen ist die Infrastruktur: Wir haben uns 50 Megabit pro Sekunde für 2018 als Ziel gesetzt. Das kann nicht mehr als ein Zwischenschritt sein. Ein Land wie Deutschland müsste sich als Ziel setzen, spätestens 2020 die beste digitale Infrastruktur der Welt zu haben, um die Geschäftsmodelle nicht anderen zu überlassen.

Die Energiewende ist Teil der Modernisierung der Volkswirtschaft und führt unser Energiesystem in eine ganz neue Ära. Und das Energiewirtschaftssystem befindet sich in einem beispiellosen Umbruch. Die Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie stellt den größten Fokus dar, das Geschäftsmodell der fossilen Grundlastkraftwerke tritt Schritt für Schritt in den Hintergrund.

Aufspaltung von Eon und RWE als 'Zeichen des Umbruchs'

Es ist ein Zeichen des Umbruchs, dass die beiden größten deutschen Energieunternehmen sich aufspalten, neu organisieren. Im neuen Zeitalter könnten auch in Zukunft große Energieversorger entstehen, aber möglicherweise solche, die kein einziges Kraftwerk besitzen und trotzdem zu den Großen der Branche gehören.

Unsere grundlegenden Koordinaten sind klar: Das sind der beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie und der Klimaschutz, und das sind die Sicherheit und Bezahlbarkeit unserer Energieversorgung. Wir haben eine Menge Experimente in der Wirtschaft hinter uns, und wir müssen jetzt sehen, dass wir sie nicht beliebig oft wiederholen. Wenn es um die Zukunft der Kohle geht, rate ich dazu, dass man das weniger ideologisch, aber mit Blick auf die Klimaziele und die ökonomischen Konsequenzen tut.

Was Politik und Versorger jetzt leisten müssen, ist nicht weniger, als ein neues System zu errichten. Es muss die Erneuerbaren an den Strommarkt führen und kontinuierlich dabei die Kosten senken. Und es muss zweitens den Strommarkt für einen wachsenden Anteil der erneuerbaren Energien fit machen. Und wir brauchen drittens eine Infrastruktur, die dazu passt. Das fordert einen zügigen Ausbau der Stromnetze und eine Digitalisierung der Stromversorgung. Mir sagen die US Konzerne, dass sie sich wundern, dass wir unsere Fähigkeit, die Netze mittels Digitalisierung für die enormen Schwankungen von Angebot und Nachfrage fitzumachen, so wenig international vermarkten.

Vor allem müssen wir drei Elemente so verzahnen, dass das Ganze funktioniert und die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt. Die zentrale Herausforderung der Energiewende ist eine optimale Systemintegration. Als Wirtschaftsminister gehört für mich auch eine marktwirtschaftliche Ausrichtung dazu. Ich bin überzeugt, nur der Markt ist in der Lage die 1,5 Millionen Erzeugungsanlagen effizient mit

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Dieses Dokument ist lizenziert für mos@text0.de, u846398v.
Alle Rechte vorbehalten. © Handelsblatt online. Download vom 25.01.2016 10:58 von archiv.handelsblatt.com.

Handelsblatt

der Nachfrage zu koordinieren. Es kann nicht sein, dass der Staat auf Dauer die erforderlichen Erzeugungskapazitäten festlegt. Die Erneuerbaren werden sich in Zukunft wettbewerblichen Ausschreibungen stellen müssen. Das EEG in seiner alten Struktur war ein gutes Instrument der Technologieförderung. Es hat die Welpen wachsen lassen, aber aus den Welpen sind Jagdhunde geworden, es gibt keinen Grund mehr für Welpenschutz.

... Es ist wichtig, sich das nicht ideologisch anzuschauen, sondern ganz sachlich im Sinne von Rahmenbedingung für einen wichtigen Teil unserer Wirtschaft, den wir auch mit Blick auf das Gemeinwohl betrachten müssen. Rollendistanz in der Politik ist eine wichtige Voraussetzung dafür, Gemeinwohlentscheidungen treffen zu können und nicht zu glauben, die Summe der Lobbyistenentscheidungen ergäbe am Ende das Gemeinwohl.

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, in dieser Legislaturperiode alle wichtigen Weichen für den weiteren Verlauf der Energiewende zu stellen. Erneuerbare, Strommarkt und -netze sind die großen Baustellen der Energiewende. In Zeiten sinkender Energiepreise einen Markt für Energieeffizienz zu schaffen ist eine weitere Großbaustelle. Für mich ist die alles entscheidende Frage, wie wir aus der Energiewende ein Modernisierungsprojekt für die deutsche Wirtschaft machen können, das die Nachhaltigkeit und Robustheit unseres Wohlstands erhöht und uns neue Marktchancen eröffnet.

Fangen wir mit den Erneuerbaren an: In einem ersten Schritt haben wir mit dem EEG 2014 die davor existierende hohe Kostendynamik gebrochen. Die verpflichtende Direktvermarktung führt dazu, dass die Betreiber nicht ohne Rücksicht auf die Nachfrage drauflos produzieren, sondern begonnen haben, sich stärker am Markt zu orientieren. Mit dem jetzt vorgelegten Entwurf für das EEG 2016 bauen wir auf diesem Fundament einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung auf. Erstmals wird die Vergütung der Anlagen nicht mehr staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen ermittelt. ... Nicht mehr der Bundestag und Bundesrat entscheiden darüber, wie die Zukunft des Preises des CO2-freien Stroms aussehen wird, sondern der Wettbewerb um die kostengünstigste Lösung.

'Wir müssen jetzt endlich konsequent sein'

... Mindestens so wichtig ist, dass wir mit Ausschreibungen das Ausbautempo der Erneuerbaren besser steuern können. Jetzt wird es darum gehen, wie wir es schaffen, das Ausbautempo anzupassen an die Ausbaukorridore, die die Politik verabredet hat. 2025 wollen wir 40 bis 45 Prozent erneuerbare Energie erreicht haben. Im vergangenen Jahr waren es bereits 33 Prozent.

Wir müssen jetzt endlich konsequent sein, wir müssen den Trend Richtung marktwirtschaftliche Ausrichtung des Strommarkts fortsetzen. Langfristig hat das staatliche Einwirken in diesem Bereich nur negative Auswirkungen. ... Auch der Strommarkt braucht eine Neuordnung, die Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie ist abhängig von Wind und Sonne, deshalb brauchen wir Kraftwerke, die flexibel darauf reagieren. Und wir brauchen einen Strommarkt, der die richtigen Signale setzt. Eine neue Marktordnung ist notwendig, damit Angebot und Nachfrage am Markt entschieden werden und nicht durch Vorwegentscheidungen der Politik.

Viele hier im Saal haben für Kapazitätsmärkte plädiert. Wir halten das für falsch, weil das aus unserer Sicht teurer geworden wäre. Wir können nicht bei den Erneuerbaren die Kostendynamik bremsen und an den Kapazitätsmärkten neue Kostenspiralen lostreten. Woher soll der Staat wissen, bei welchen Preisen interveniert werden soll? Ganz bewusst sind wir einen anderen Weg gegangen und setzen darauf, dass beim Abbau bestehender Überkapazitäten auch in Zukunft der Markt für die erforderlichen Investitionen sorgt. Die Einführung des Strommarkts 2.0 verfolgt wie bei den

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Dieses Dokument ist lizenziert für mce@lewi3.de, u0463ibh.
Alle Rechte vorbehalten. © Handelsblatt online. Download vom 25.01.2016 10:58 von archiv.handelsblatt.com.

Handelsblatt

Erneuerbaren eine marktwirtschaftliche Ausrichtung. Die Erneuerbaren fit zu machen für den Markt und den Markt fit zu machen für die Erneuerbaren. Das Strommarktgesetz garantiert die freie Preisbildung im Großhandel ohne Obergrenzen, dem Staat ist die Intervention untersagt. In Zeiten von Knappheit können Knappheitspreise eben auch verlangt werden. Ich sehe keinen Grund, warum am Strommarkt nicht derselbe Grundsatz gelten soll wie an anderen Märkten.

... Wir müssen auch erkennen, dass Deutschland keine Insel ist, sondern im Europäischen Binnenmarkt operiert. Zum ersten Mal entwickeln wir die Energiewende nicht als nationales Projekt. Das hat riesige Vorteile. Gemeinsam ist es günstiger. Lastspitzen treten nicht in allen Ländern gleichzeitig auf. Lastspitzen nicht auf die Nation zu beziehen, das ist der Weg, den wir gegangen sind. Wir haben mit unseren Nachbarländern vereinbart, dass wir auch dann nicht in den grenzüberschreitenden Stromhandel eingreifen, wenn Strom knapp ist und die Preise hoch sind. Die Einbettung in den europäischen Strommarkt ist in unserem Interesse.

Es hat relativ wenig Zweck, einseitig Ziele nur für den Stromsektor zu verkünden, wenn man die anderen Sektoren nicht im Blick hat und damit den Druck auf die Unternehmen und Beschäftigten immer weiter erhöht. Wir werden in diesem Jahr jedenfalls damit anfangen, die Beteiligten einzuladen, damit wir in diesem Jahr so etwas nicht erleben wie Ende des letzten Jahres: dass wir knapp vor Toresschluss schwierige Beschlüsse fassen müssen. Das braucht eine langfristige Perspektive, die, glaube ich, können wir entwickeln. Insofern haben wir auch noch genug zu tun, aber ich finde schon, wir sind in dieser Legislaturperiode bei der Ordnung der Energiewende außerordentlich weit gekommen, und im Zentrum steht mehr Markt und weniger Staat bei der Durchsetzung der Energiewende.

Der Text ist ein Auszug aus der Rede, die Sigmar Gabriel auf der Handelsblatt-Energietagung gehalten hat.

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Handelsblatt, 19.01.2016

„Die Wende ist längst geschafft"

Wirtschaftsminister Gabriel sieht die Umstellung auf die Erneuerbaren auf einem guten Weg.

Franz Hubik
Handelsblatt

Wirtschaftsminister Gabriel: „Mehr Markt, weniger Staat." Gust

Berlin Als Sozialdemokrat müsse er Pläne ja eigentlich lieben, witzelte Sigmar Gabriel. Aber bei einem „Masterplan" für die Energiewende und den Kohleausstieg sei er vorsichtig. „Die Zukunft für das Jahr 2050 präzise beschreiben zu wollen, empfinde ich als ambitioniertes Vorhaben", erklärte der Wirtschaftsminister auf der 23. Handelsblatt-Energietagung in Berlin. Natürlich gehe es darum, Ordnung in dem Umbau des Energiesektors zu bringen, aber im Zentrum dieses Bemühens stehe „mehr Markt, weniger Staat". Volkswirtschaftliche Experimente hätte es in der Vergangenheit schon eine Menge gegeben. Doch nur der Markt sei in der Lage, die rund eineinhalb Millionen Stromerzeugungsanlagen in Deutschland mit dem Energiebedarf der Industrie und Bevölkerung zu koordinieren. Forderungen nach einem sogenannten Kapazitätsmarkt, der das Bereithalten von Kraftwerkskapazitäten finanziell honoriert, erteilte Gabriel eine Absage. Das würde nur „neue kostenspiralen lostreten".

Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet rasant voran. „Die Energiewende ist längst geschafft", erklärte Gabriel. Schließlich beträgt der Anteil von Biomasse, Solar-, Wind-, und Wasserkraft an der Stromproduktion bereits mehr als 33 Prozent. Gleichzeitig lohnt sich die Stromerzeugung durch fossile Kraftwerke kaum noch – die beiden größten Energieversorger in Deutschland, Eon und RWE, spalteten die Unternehmen auf. Es können auch in Zukunft noch große Stromkonzerne geben, erklärte der Vizekanzler. „Aber vielleicht ohne ein einziges Kraftwerk zu besitzen."

Gabriel will den Strommarkt „fit machen" für den wachsenden Anteil der erneuerbaren Energien. Dabei sei es essenziell, das Ausbautempo „besser zu steuern". Insbesondere gehe es darum, den weiteren Zubau von Wind- und Solarenergie an den Ausbau der Stromnetze anzupassen. „Ich habe die Sorge, dass die Netznutzung ohnehin der Preistreiber sein wird", sagte Gabriel. Das könne er aber nicht verantworten. Deswegen will er die Ausbaupläne für Solar- und Windenergie weiterhin deckeln.

Über einen konkreten Plan für einen Kohleausstieg will Gabriel nur dann reden, wenn es auch „Zukunftsszenarien" für die tausenden Arbeitsplätze im Kohleabbaugebiet der Lausitz gebe. „Man darf den Leuten nicht sagen, wir haben keinen Ersatzplan, wie es mit ihren Arbeitsplätzen weitergeht."

Handelsblatt, 20.01.2016

Handelsblatt

HandelsblattNr. 013 vom 20.01.2016 Seite 001

Seite 1 Tagesthema

Mehr Markt, weniger Staat

Neuausrichtung der Energiepolitik: Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel will den ungezügelten Ausbau der erneuerbaren Energien begrenzen. Die Produzenten von grünem Strom sollen sich dem Wettbewerb stellen.

J. Flauger, D. Heide, F. Hubik, K. Stratmann
Berlin

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte in Deutschland. Im vergangenen Jahr deckten Wind, Sonne & Co. schon fast ein Drittel des Stromverbrauchs. Vor zehn Jahren waren es gerade einmal zehn Prozent.

Das Problem ist, dass der Ausbau viel schneller vorankommt als geplant. Diesen unkontrollierten Boom will Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel nicht länger akzeptieren: „Es geht bei der Energiewende nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität", warnte er auf der Handelsblatt-Energietagung. Der Ausbaukorridor der erneuerbaren Energien müsse „planbar und verlässlich" sein. Gabriel will deshalb die üppige Subventionierung des grünen Stroms beenden. „Im Zentrum steht: mehr Markt und weniger Staat bei der Durchsetzung der Energiewende", sagte er. „Nicht mehr die Politik entscheidet die Preise, sondern der Markt."

Gabriels Korrektur in der Energiepolitik passt zur wirtschaftsfreundlichen Agenda des SPD-Chefs. Trotz Widerstands in der eigenen Partei hatte sich Gabriel wiederholt für ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA und gegen Steuererhöhungen ausgesprochen. Der Denkzettel auf dem SPD-Parteitag, Gabriel erhielt mit knapp 75 Prozent sein schlechtestes Ergebnis, scheint ihn nicht davon abzuhalten, auch in der Energiepolitik zur Marktwirtschaft zurückzukehren.

> Nicht mehr die Politik entscheidet die Preise, sondern der Markt.
>
> **Sigmar Gabriel**

Für die Produzenten von Strom aus Wind und Sonne dürften mit der Ankündigung des Wirtschaftsministers harte Zeiten anbrechen. Seit 2000, als das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeführt wurde, bekamen die Investoren feste und hohe Vergütungen für jede Kilowattstunde Strom garantiert. 2014 hatte Gabriel die Förderungen bereits gedrosselt, in diesem Jahr will er das EEG weiter reformieren. Wer eine neue Anlage baut, soll sich in Ausschreibungen dem Wettbewerb stellen. Bisher war das auf eine Pilotausschreibung für große Photovoltaikanlagen beschränkt, künftig soll es jede Technik treffen. Das Tempo des Ökostrombooms droht nach Gabriels Einschätzung Bürger und Wirtschaft zu überfordern. Neben dem Klimaschutz müssen deshalb auch „Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energiewende" berücksichtigt werden.

Das EEG sei gut gewesen, um grünen Strom eine Anschubhilfe zu geben. „Aus den Welpen sind aber kräftige Jagdhunde geworden", sagte der Minister. „Daher gibt es keinen Grund mehr für Welpenschutz."

Energietagung 2016 Seiten 4 bis 8

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Handelsblatt, 20.01.2016

Handelsblatt

HandelsblattNr. 013 vom 20.01.2016 Seite 004

Tagesthema

„Es gab zu viele Experimente in der Wirtschaft“

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel fordert eine Rückkehr der Marktwirtschaft in der Energiepolitik. Vor allem die Subventionen für grünen Strom müssten weiter gekürzt werden.

> Wir empfinden uns manchmal fast als Insel der Seligen. Und trotzdem muss man vorsichtig sein bei der Vermutung, das ginge alles so weiter.

Am Anfang ein paar Bemerkungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Situation, weil es nicht ganz unwichtig ist, das einzuordnen. Wir empfinden uns manchmal fast als Insel der Glückseligen, wir haben die höchsten Beschäftigungszahlen in der Geschichte der Republik. Wir haben steigende Kaufkraft und Wachstumszahlen, die seit zehn Jahren konstant nach oben zeigen. Und trotzdem muss man, glaube ich, vorsichtig sein bei der Vermutung, das ginge alles so weiter und man könne sich sicher sein.

Erstens ist bei den niedrigen Ölpreisen und den exzellenten Währungsbedingungen für die Exportwirtschaft Deutschlands Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent nicht dramatisch hoch. Zweitens, wenn wir sehen, was in China und Lateinamerika passiert, kann man jetzt auch nicht einfach davon ausgehen, dass Deutschland auf Dauer davon völlig unbetroffen sein wird.

Deshalb glaube ich, dass eine der großen Gefahren in der jetzigen gesellschaftlichen und politischen Lage ist, dass wir uns zu sicher fühlen, dass die wirtschaftliche Entwicklung immer so weitergeht. Dabei sollen wir in den nächsten Monaten darüber reden, was nötig ist, um in dem Land, auch als Lokomotive für Europa, wieder einen nächsten Modernisierungsschub hinzubekommen.

Dass man mit großen Problem aufräumt, dass wir seit über zehn Jahren einen zu geringe Nettoinvestitionsquote in den Unternehmen haben, ganz speziell in denen, die energieintensiv sind. Dass wir im Forschungsbereich uns immer auf die Schulter klopfen, wenn wir knapp drei Prozent Anteil Forschung und Entwicklung am BIP haben, bei dem die Europäer nur bei zwei Prozent liegen. In Wahrheit sitzen unsere Konkurrenten aber in Südkorea, die bei viereinhalb sind.

Ich finde, dass wir die Debatte verändern müssen hinsichtlich der Frage: Was können wir tun, um die Produktivität unserer Wirtschaft zu verbessern? Da gehört die Frage dazu: Wie gehen wir mit den Herausforderungen der Digitalisierung um – einer globalen, datengetriebenen Wirtschaft? Eines der Themen ist die Infrastruktur: Wir haben uns 50 Megabit pro Sekunde für 2018 als Ziel gesetzt. Das kann nicht mehr als ein Zwischenschritt sein. Ein Land wie Deutschland müsste sich als Ziel setzen, spätestens 2020 die beste digitale Infrastruktur der Welt zu haben, um die Geschäftsmodelle nicht anderen zu überlassen.

Die Energiewende ist Teil der Modernisierung der Volkswirtschaft und führt unser Energiesystem in eine ganz neue Ära. Und das Energiewirtschaftssystem befindet sich in einem beispiellosen Umbruch. Die Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie stellt den größten Fokus dar, das Geschäftsmodell der fossilen Grundlastkraftwerke tritt Schritt für Schritt in den Hintergrund.

Es ist ein Zeichen des Umbruchs, dass die beiden größten deutschen Energieunternehmen sich aufspalten, neu organisieren. Im neuen Zeitalter können auch in Zukunft große Energieversorger entstehen, aber möglicherweise solche, die kein einziges Kraftwerk besitzen und trotzdem zu den Großen der Branche gehören.

Unsere grundlegenden Koordinaten sind klar: Das sind der beschlossene Ausstieg

Energiewirtschaft
23. Jahrestagung

Handelsblatt

Mehr als 1.200 Entscheider aus der Energiebranche treffen sich **seit Dienstag, 19. Januar**, in Berlin zur dreitägigen **„Handelsblatt Jahrestagung Energiewirtschaft“**. Die Eröffnungsrede hielt Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Mit dabei sind auch Frank Mastiaux (EnBW), Klaus Schäfer (Uniper) und Umweltministerin Barbara Hendricks.

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Sigmar Gabriel: Ein neues System errichten.

> Nur der Markt ist in der Lage, die 1,5 Millionen Erzeugungsanlagen effizient mit der Nachfrage zu koordinieren.

aus der Kernenergie und der Klimaschutz, und das sind die Sicherheit und Bezahlbarkeit unserer Energieversorgung. Wir haben eine Menge Experimente in der Wirtschaft hinter uns, und wir müssen jetzt sehen, dass wir sie nicht beliebig oft wiederholen. Wenn es um die Zukunft der Kohle geht, rate ich dazu, dass man das weniger ideologisch, aber mit Blick auf die Klimaziele und die ökonomischen Konsequenzen tut.

Was Politik und Versorger jetzt leisten müssen, ist nicht weniger, als ein neues System zu errichten. Es muss die Erneuerbaren an den Strommarkt führen und kostenmäßig dabei die Kosten senken. Und es muss zweitens den Strommarkt für einen wachsenden Anteil der erneuerbaren Energien fit machen. Und wir brauchen drittens eine Infrastruktur, die dazu passt. Das fordert einen zügigen Ausbau der Stromnetze und eine Digitalisierung der Stromversorgung. Mir sagen die US Konzerne, dass sie sich wundern, dass wir unsere Fähigkeit, die Netze mittels Digitalisierung für die enormen Schwankungen von Angebot und Nachfrage fitzumachen, so wenig international vermarkten.

Vor allem müssen wir drei Elemente so verzahnen, dass das Ganze funktioniert und die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt. Die zentrale Herausforderung

> Im neuen Zeitalter können Energieversorger entstehen, die kein einziges Kraftwerk besitzen und trotzdem zu den Großen der Branche gehören.

der Energiewende ist eine optimale Systemintegration. Als Wirtschaftsminister gehört für mich auch eine marktwirtschaftliche Ausrichtung dazu. Ich bin überzeugt, nur der Markt ist in der Lage die 1,5 Millionen Erzeugungsanlagen effizient mit der Nachfrage zu koordinieren. Es kann nicht sein, dass der Staat auf Dauer die erforderlichen Erzeugungskapazitäten festlegt. Die Erneuerbaren werden sich in Zukunft wettbewerblichen Ausschreibungen stellen müssen. Das EEG in seiner alten Struktur war ein gutes Instrument der Technologieförderung. Es hat die Welpen wachsen lassen, aber aus den Welpen sind Jagdhunde geworden, es gibt keinen Grund mehr für Welpenschutz.

... Es ist wichtig, sich das nicht ideologisch anzuschauen, sondern ganz sachlich im Sinne von Rahmenbedingung für einen wichtigen Teil unserer Wirtschaft, den wir auch mit Blick auf das Gemeinwohl betrachten müssen. Rollendistanz in der Politik ist eine wichtige Voraussetzung dafür, Gemeinwohlentscheidungen treffen zu können und nicht zu glauben, die Summe der Lobbyistenentscheidungen ergäbe am Ende das Gemeinwohl.

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, in dieser Legislaturperiode alle wichtigen Weichen für den weiteren Verlauf der Energiewende zu stellen. Erneuerbare, Strommarkt und -netze sind die großen Baustellen der Energiewende. In Zeiten sinkender Energiepreise einen Markt für Energieeffizienz zu schaffen ist eine weitere Großbaustelle. Für mich ist die alles entscheidende Frage, wie wir aus der Energiewende ein Modernisierungsprojekt für die deutsche Wirtschaft machen können, das die Nachhaltigkeit und Robustheit unseres Wohlstands erhöht und uns neue Marktchancen eröffnet.

Fangen wir mit den Erneuerbaren an: In einem ersten Schritt haben wir mit dem EEG 2014 die davor existierende hohe Kostendynamik gebrochen. Die verpflichtende Direktvermarktung führt dazu, dass die Betreiber nicht ohne Rücksicht auf die Nachfrage drauflos produzieren, sondern begonnen haben, sich stärker am Markt zu orientieren. Mit dem jetzt vorgelegten Entwurf für das EEG 2016 bauen wir auf diesem Fundament einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung auf. Erstmals wird die Vergütung der Anlagen nicht mehr staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen ermittelt. ... Nicht mehr der Bundestag und Bundesrat entscheiden darüber, wie die Zukunft des Preises des CO_2-freien Stroms aussehen wird, sondern der Wettbewerb um die kostengünstigste Lösung.

... Mindestens so wichtig ist, dass wir mit Ausschreibungen das Ausbautempo der Erneuerbaren besser steuern können. Jetzt wird es darum gehen, wie wir es schaffen, das Ausbautempo anzupassen an die Ausbaukorridore, die die Politik verabredet hat. 2025 wollen wir 40 bis 45 Prozent erneuerbare Energie erreicht haben. Im vergangenen Jahr waren es bereits 33 Prozent.

Wir müssen jetzt endlich konsequent sein, wir müssen den Trend Richtung marktwirtschaftliche Ausrichtung des Strommarkts fortsetzen. Langfristig hat das staatliche Einwirken in diesem Bereich nur negative Auswirkungen. ... Auch der Strommarkt braucht eine Neuordnung, die Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie ist abhängig von Wind und Sonne, deshalb brauchen wir Kraftwerke, die flexibel darauf reagieren. Und wir brauchen einen Strommarkt, der die richtigen Signale setzt. Eine neue Marktordnung ist notwendig, damit Angebot und Nachfrage am Markt entschieden werden und nicht durch Vorwegentscheidungen der Politik.

Viele hier im Saal haben für Kapazitätsmärkte plädiert. Wir haben das für falsch, weil das aus unserer Sicht teurer geworden wäre. Wir können nicht bei den Erneuerbaren die Kostendynamik bremsen und an den Kapazitätsmärkten neue Kostenspiralen lostreten. Woher soll der Staat wissen, bei welchen Preisen interveniert werden soll? Ganz bewusst sind wir einen anderen Weg gegangen und setzen darauf, dass beim Abbau bestehender Überkapazitäten auch in Zukunft der Markt für die erforderlichen Investitionen sorgt. Die Einführung des Strommarktes 2.0 verfolgt wie bei den Erneuerbaren eine marktwirtschaftliche Ausrichtung. Die Erneuerbaren fit zu machen für den Markt und den Markt fit zu machen für die Erneuerbaren. Das Strommarktgesetz garantiert die freie Preisbildung im Großhandel ohne Obergrenzen, dem Staat ist die Intervention untersagt. In Zeiten von Knappheit können Knappheitspreise eben auch verlangt werden. Ich sehe keinen Grund, warum am Strommarkt nicht derselbe Grundsatz gehen soll wie an anderen Märkten.

... Wir müssen auch erkennen, dass Deutschland keine Insel ist, sondern im Europäischen Binnenmarkt operiert. Zum ersten Mal entwickeln wir die Energiewende nicht als nationales Projekt. Das hat riesige Vorteile. Gemeinsam ist es günstiger. Lastspitzen treten nicht in allen Ländern gleichzeitig auf. Lastspitzen nicht auf die Nation zu beziehen, das ist der Weg, den wir gegangen sind. Wir haben mit unseren Nachbarländern vereinbart, dass wir auch dann nicht in den grenzüberschreitenden Stromhandel eingreifen, wenn Strom knapp ist und die Preise hoch sind. Die Einbettung in den europäischen Strommarkt ist in unserem Interesse.

Es hat relativ wenig Zweck, einseitig Ziele nur für den Stromsektor zu verkünden, wenn man die anderen Sektoren nicht im Blick hat und damit den Druck auf die Unternehmen und Beschäftigten immer weiter erhöht. Wir werden in diesem Jahr jedenfalls damit anfangen, die Beteiligten einzuladen, damit wir in diesem Jahr so etwas nicht erleben wie Ende des letzten Jahres: dass wir knappvor Torsschluss schwierige Beschlüsse fassen müssen. Das braucht eine langfristige Perspektive, die, glaube ich, können wir entwickeln. Insofern haben wir auch noch genug zu tun, aber ich finde schon, wir sind in dieser Legislaturperiode bei der Ordnung der Energiewende außerordentlich weit gekommen, und im Zentrum steht mehr Markt und weniger Staat bei der Durchsetzung der Energiewende.

Der Text ist ein Auszug aus der Rede, die Sigmar Gabriel auf der Handelsblatt-Energietagung gehalten hat.

Quality in Business Information

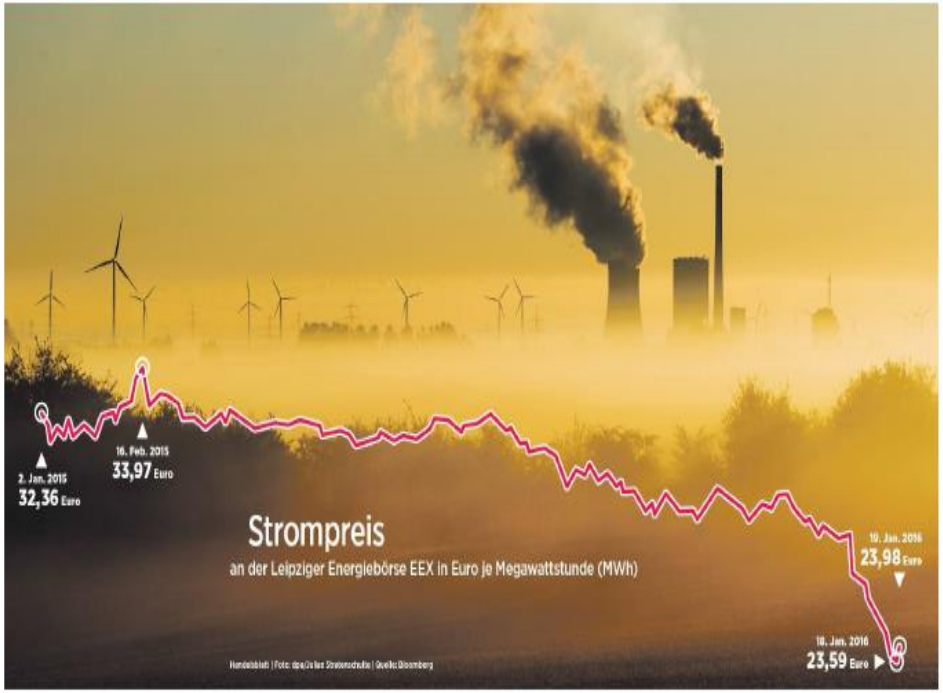
Handelsblatt

HandelsblattNr. 013 vom 20.01.2016 Seite 006

Tagesthema

Kampf um die Kohle

Seit dem Weltklimagipfel fordern Umweltschützer noch lauter den Kohleausstieg. Die Produzenten wehren sich. RWE-Vize Schmitz verlangt sogar Unterstützung für fossile Kraftwerke.



Jürgen Flauger, Dana Heide
Berlin

Kohleausstieg? RWE-Vize Rolf Martin Schmitz kann die Debatte, die seit der Weltklimakonferenz von Paris die deutsche Energiepolitik beherrscht, nicht nachvollziehen. „Angesichts der aktuellen Strompreise ist jede Debatte über die Zukunft der fossilen Kraftwerke obsolet", sagte Schmitz auf der Handelsblatt-Energietagung. Bei den aktuell niedrigen Notierungen im Stromgroßhandel würde der Kohleausstieg wohl von selbst kommen. Bei diesen Preisen könne man Kraftwerke nichtwirtschaftlich betreiben, sagte Schmitz: „Warum soll man Diskussionen führen, die absolut unnötig sind? Ich glaube, wir haben alle Besseres zu tun."

Die Preise, die Schmitz so große Sorgen bereiten, sind die Notierungen, zu denen Strom darauf am Terminmarkt der Leipziger Energiebörse EEX gehandelt wird. Eine Megawattstunde, die 2017 geliefert werden soll, kostet dort aktuell weniger als 24 Euro, für 2018 sind es sogar weniger als 23 Euro. Vor fünf Jahren, ehe die Reaktorkatastrophe von Fukushima die Energiewende erschütterte, waren es noch deutlich mehr als 50 Euro. Zu den aktuellen Preisen lassen sich selbst Kernkraftwerke und Braunkohlekraftwerke nicht mehr gewinnbringend betreiben. Bei Steinkohle und vor allem bei Gas war die Schwelle schon vor längerem durchbrochen. „Das ist cash-Burning, das schaffen wir nicht", sagte Schmitz.

Der Vize-Chef des größten deutschen Stromproduzenten bekräftigte deshalb seine Forderung nach einem Kapazitätsmarkt. Dieser würde die Betreiber von konventionellen Kraftwerken alleine dafür belohnen, dass sie die ansonsten unrentablen Anlagen zur Absicherung bereithalten. Sie würden dann als Reservekraftwerke bereitstehen, weil Wind- und solarenergie zwar boomen, ihr Angebot aber witterungsbedingt stark schwankt. „Spätestens 2018 werden wir wieder über einen Kapazitätsmarkt reden müssen", sagte Schmitz. „Der Strommarkt liefert nicht mehr die nötigen Preissignale."

Dieselbe Einschätzung hatte zuvor im Interview mit dem Handelsblatt bereits Klaus Schäfer, der Chef der Eon-Abspaltung Uniper, geäußert. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel bekräftigte dagegen seine Ablehnung. Die Bundesregierung hatte sich im vergangenen Jahr gegen einen Kapazitätsmarkt entschieden.

Wie Schmitz kann aber auch Gabriel die aktuelle Kohledebatte nicht verstehen. Einem Masterplan für einen Kohleausstieg könne er nichts abgewinnen. Man müsse das Thema unter Berücksichtigung der Klimaziele, aber auch der wirtschaftlichen Konsequenzen bewerten, sagte er.

Vor wenigen Tagen hatte die Bundestagsfraktion der Grünen in einem Papier, „Weimarer Erklärung" genannt, einen zügigen Ausstieg aus der Kohleförderung und Verstromung gefordert. Die Nutzung der Kohlekraftwerke in Deutschland müsse innerhalb der „nächsten 15 bis 20 Jahre" beendet werden. Vor wenigen Tagen legte der Thinktank „Agora Energiewende" ein Konzeptpapier, nachdem der Kohleausstieg bis 2040 vollzogen sein würde.

Umweltschützer, Politiker und Grünstrom-Produzenten haben in ihrer Forderung nach einem Kohleausstieg Auftrieb, seit beim Weltklimagipfel in Paris ein neues Klimaabkommen beschlossen wurde. Demnach soll der Kampf gegen die Klimaerwärmung beschleunigt werden. In Deutschland decken Kohlekraftwerke trotz des Booms der Erneuerbaren immer noch 42 Prozent des Strombedarfs. Gleichzeitig wird im Rheinland und der ostdeutschen Lausitz Braunkohle gefördert.

Gabriel will bald alle Beteiligten an einen Tisch holen, aber nicht, um direkt über den Kohleausstieg zu verhandeln. Das Thema muss nach seinen Worten ideologisch und nicht im sollvon „Erdbebenwellen" diskutiert werden: „Wir werden in diesem Jahr beginnen, die Beteiligten einzuladen." Er sei nicht bereit, über Ausstiegszenarien für Kohleregionen wie die Lausitz oder das rheinische Revier zu reden, ohne gleichzeitig realistische Einstiegszenarien für nachhaltige und anständig bezahlte Ersatzjobs der Beschäftigten zu besprechen, betonte Gabriel. In den beiden Kohlerevieren arbeiten jeweils rund 10 000 Menschen.

Selbst für einen runden Tisch sieht RWE-Manager Schmitz derzeit keinen Anlass: „Es gibt keinen Bedarf für einen runden Tisch oder dergleichen." Nach Gabriels Absage an einen raschen Kohleausstieg klemmen die Aktienkurse von Eon und RWE kräftig.

Große Sorgen bereiten Gabriel und der Energiewirtschaft aktuell der Zustand des Stromnetzes. Die Netzbetreiber haben Probleme, beim Ausbau ihrer Leitungen mit dem rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien schritt zu halten. Die großen vier Betreiber der Übertragungsnetze, der Höchstspannungsleitungen, müssen immer öfter eingreifen, um plötzliche Schwankungen im Angebot von Wind- oder Solarstrom auszugleichen. Sie nehmen kurzfristig Kraftwerke vom Netz oder lassen welche anfahren. Die Hauptlast trägt das Unternehmen Tennet, das unter anderem an der Nordseküste Windstrom abtransportieren muss. Allein Tennet musste im vergangenen Jahr 700 Millionen Euro für solche Eingriffe ausgeben. Im Jahr zuvor waren es noch 300 Millionen Euro gewesen.

„Das, was wir machen, ist volkswirtschaftlich wenig sinnvoll", sagte Tennet-Deutschland-Chef Urban Keussen. Und es ist teuer für die Verbraucher. Denn auf sie werden die Kosten umgelegt: „Die Netzentgelte werden steigen", kündigte Keussen an.

> Spätestens 2018 werden wir wieder über einen Kapazitätsmarkt reden müssen. Der Strommarkt liefert nicht mehr die nötigen Preissignale.
>
> **Rolf Martin Schmitz**
> Stellvertretender RWE-Vorstandschef

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Handelsblatt, 20.01.2016

Handelsblatt

HandelsblattNr. 013 vom 20.01.2016 Seite 006

Tagesthema

RISIKOFORSCHUNG

Energiewirtschaft in der Pubertät

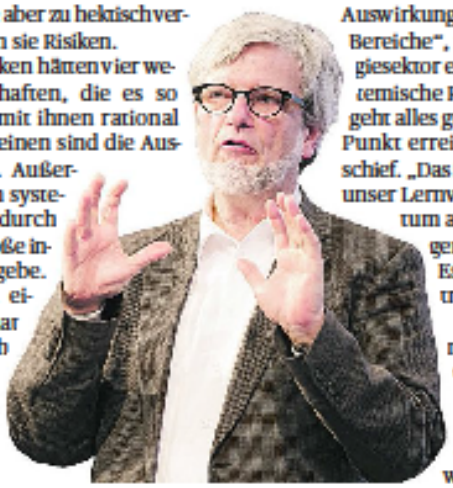
Experte Renn: Zu hektische Transformationsprozesse sind gefährlich.

Dana Heide
Berlin

Die Energiebranche ist in einem nie da gewesenen Umbruch. Ein Umbruch, der auch Risiken bedeute, sagt Ortwin Renn, Direktor des Zentrums für Interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung an der Uni Stuttgart. Es gebe da einen schönen Satz eines Unternehmensberaters: „No change, no fun." Aber dieser Berater habe auch gesagt: „Too much change – no fun at all."

Transformationsprozesse seien immer dann notwendig, „wenn sich die Ziele ändern, sich die Umweltbedingungen ändern und wenn es neue Potenziale gibt, die neue Chancen beinhalten", so Renn. Das träfe auf die Energiebranche zu. Wenn diese Transformationsprozesse aber zu hektisch verlaufen, dann bergen sie Risiken.

Systemische Risiken hätten vier wesentliche Eigenschaften, die es so schwer machten, mit ihnen rational umzugehen. Zum einen sind die Auswirkungen global. Außerdem zeichnen sich systemische Risiken dadurch aus, dass es eine große innere Vernetzung gebe. „Ein Scheitern in einem Bereich hat zwangsweise auch Auswirkungen auf andere wirtschaftliche Bereiche", meint Renn. Das sei im Energiesektor extrem. Zudem beinhalten systemische Risiken Trigger-Effekte: Lange geht alles gut, aber wenn ein bestimmter Punkt erreicht ist, geht alles gründlich schief. „Das ist besonders interessant, weil unser Lernvermögen auf Versuch und Irrtum ausgerichtet ist." Die vierte Eigenschaft systemischer Risiken: Es ist häufig zufällig, wen es trifft.



Risikoforscher Ortwin Renn: Umbruch als Chance begreifen.

Renn fordert ein Management, das auf diese Risiken eingeht. „Keiner geht freiwillig durch die Pubertät, sie ist aber ein notwendiger Schritt, um von der Kindheit ins Erwachsenenalter zu kommen."

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Dieses Dokument ist lizenziert für moe@test3.de, u8r4639lv.
Alle Rechte vorbehalten. © Handelsblatt print. Download vom 20.01.2016 12:48 von archiv.handelsblatt.com.

Handelsblatt, 20.01.2016

Handelsblatt

HandelsblattNr. 013 vom 20.01.2016 Seite 007

Tagesthema

ENERGIEBRANCHE

„Was sich digitalisieren lässt, wird digitalisiert“

Die Unternehmen setzen auf Veränderung. Dazu gehört vor allem Big Data.

Dana Heide
Berlin

Google kauft den Smart-Home-Gerätehersteller Nest, Apple setzt auf die Digitalisierung des Haushalts, und Big Data, die Auswertung großer Datenmengen, ist in aller Munde. Auch die Energiewirtschaft kann sich dem nicht entziehen. „Alles, was sich digitalisieren lässt, wird digitalisiert“, prognostizierte Katherina Reiche, Hauptgeschäftsführerin des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU), bei der Handelsblatt-Jahrestagung Energiewirtschaft. Der Wandel findet statt – „ob mit oder ohne uns“, so Matthias Brückmann, Vorstandsvorsitzender der EWE in Oldenburg.

Es reiche nicht mehr aus, im eigenen Energiegeschäft gut zu sein, man müsse auch gut sein bei der Generierung von Daten und der Digitalisierung von Prozessen, erklärte Bernhard Reutersberg, Vorstandsmitglied beim Düsseldorfer Energieversorger Eon. „Energie wird zum Beiwerk wie die Milch zum Frühstücksmüsli. Das Produkt, was der Kunde schmeckt, ist das Müsli.“ Nun komme es darauf an, den Mut zu haben, sich zu verändern. Dem stimmte auch EWE-Chef Brückmann zu. Das Unternehmen habe etwa seine Forschungs- und Entwicklungsabteilung in ein „hochflexibles“ Innovationszentrum verwandelt.

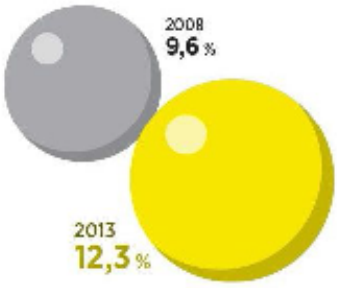
Auch Eon ändert sich derzeit radikal und hat jüngst den Umbau mit dem neuen Unternehmen Uniper auf den Weg gebracht. Eon will nun ein Future-Lab aufbauen, eine Einheit, die sich bewusst nur mit disruptiven Geschäftsmodellen beschäftigt, „um zu sehen, was möglich ist“.

„Ist es denkbar, dass es Energieversorger gibt, die weder Netz noch Kraftwerk besitzen?“, fragte VKU-Hauptgeschäftsführerin Reiche. „Unsere Kunden wollen neue Antworten, die ihren Bedürfnissen besser entsprechen“, erläuterte Eon-Manager Reutersberg. Wer ihnen das biete, sei ihnen völlig egal.

Gerade bei Big Data könnten Stadtwerke sogar einen Vorteil gegenüber den großen Energieversorgern haben, glaubt Reiche, vor allem im Geschäft mit den Daten. „Die Bürger erwarten, dass wir sensibel mit ihren Daten umgehen.“ Kommunale Unternehmen hätten dabei einen Vorsprung, weil sie das Vertrauen der Kunden haben und in der Region aktiv sind.

Kommunale Power

Anteil der Kommunen an den gesamten Kraftwerkskapazitäten in Deutschland



Handelsblatt — Quellen: BDEW, VKU

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Dieses Dokument ist lizenziert für mos@iwd.de, u0462
Alle Rechte vorbehalten. © Handelsblatt print. Download vom 20.01.2016 12:51 von archiv.handelsblatt.

Handelsblatt, 21.01.2016

Handelsblatt

HandelsblattNr. 014 vom 21.01.2016 Seite 001

Seite 1 Tagesthema

Im Sog des Öls

Der Preis für den wichtigsten Rohstoff fällt und fällt. Die Gefahren für Aktienkurse, Unternehmensgewinne und die Konjunktur sind enorm.

T. Jahn, R. Landgraf, A. Rezmer, U. Sommer
New York, Frankfurt, Düsseldorf

Der aktuelle Ölpreisabsturz weckt böse Erinnerungen. Als der Preis für den wichtigsten Rohstoff der Welt 2008 binnen vier Monaten von 140 auf 34 Dollar je Fass sank, folgte eine globale Wirtschaftskrise. Deutschland erlebte die schwerste Rezession der Nachkriegsgeschichte.

Am Mittwoch kostete ein Fass Öl weniger als 27 Dollar. Die Gefahren für die Weltkonjunktur sind enorm, vor allem die Finanzmärkte sind nervös. Jedem Preisrutsch beim Öl folgt ein Ausverkauf an den Börsen. Seit Jahresbeginn hat der Dax knapp 13 Prozent verloren, der Dow Jones rund zehn Prozent.

Während Verbraucher sich über billigen Sprit freuen, erlebt der Ölsektor eine existenzbedrohende Krise. Larry Fink, Chef des weltgrößten Vermögensverwalters Blackrock, sagt eine Welle an Unternehmenspleiten im Ölsektor voraus: „Viele werden pleitegehen, und einige Länder leiden darunter." Nach Schätzungen von Experten könnte bis Mitte nächsten Jahres bis zu ein Drittel aller US-Produzenten in die Insolvenz rutschen.

Großinvestoren sorgen sich über die Lage der Unternehmen und haben die Vorhersagen für Firmengewinne gekappt. Die meisten erwarten nun, dass die Erträge der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten sinken werden. Die Investoren sind so pessimistisch wie zuletzt vor drei Jahren, zeigt eine Umfrage der Bank of America Merrill Lynch unter mehr als 200 Vermögensverwaltern. Die Folge: Statt Aktien zu kaufen, fahren die Geldmanager ihre Bargeldquote hoch. Spitzt sich die Lage weiter zu, könnten Notenbanken erneut gefragt sein, um mehr Liquidität in die Märkte zu pumpen. Doch die Notenbanken haben ihr Pulver in der Finanzkrise weitgehend verschossen.

Fallende Ölpreise reißen nicht nur Aktienkurse und Unternehmensgewinne mit nach unten, auch die Konjunktur leidet. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat deshalb in dieser Woche seine Prognose gesenkt. Weltweit rechnet der Fonds nur noch mit einem Wachstum von 3,4 Prozent in diesem Jahr und 3,1 Prozent 2017. Das geringere Wachstum wird die Nachfrage nach Öl schwächen und auch den Preis – ein Teufelskreis.

Das Ölpreis-Tief Seiten 4 bis 6

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Handelsblatt, 21.01.2016

Handelsblatt

HandelsblattNr. 014 vom 21.01.2016 Seite 001

Seite 1 Tagesthema

Im Sog des Öls

Fortsetzung von Seite 1

Shell-Boss Ben van Beurden trifft der Ölpreisverfall im Mark. Die niedrigen Preise lassen die Gewinne von Europas größtem Öl- und Gaskonzern zusammenbrechen. Im Schlussquartal 2015, so befürchten Beurden, werden unter dem sich 1,0 bis 1,5 Milliarden US-Dollar (1,7 Milliarden Euro) übrig bleiben. Das klingt nach viel – doch ein Jahr zuvor war es noch 5,5 Milliarden Dollar gewesen. So deutlich hat bisher kaum ein Konzern gemeldet, wie sich der Einbruch des Ölpreises auf die Branche auswirkt. Ein Abbau von 10 000 Stellen soll noch nach der Übernahme des Gasunternehmens BG an.

In den USA sucht das Wirtz des niedrigen Ölpreises immer mehr Branchen an. Die starken Investitionsrückgänge der US-Energieindustrie belasten inzwischen die Konjunktur, ob in Alaska, North Dakota oder Texas, überall werden weniger Bohrtürme aufgestellt und Leitungen verlegt. Im laufenden Jahr sollen die Ausgaben um mehr als die Hälfte auf 80 Milliarden Dollar sinken. Den Unternehmen fehlen die Aufträge, Maschinen stehen still. Allein in Texas verlieren 40 000 Menschen ihre Arbeit, ein Plus auf alle Jahre in der Energiebranche des Bundesstaats. „Das wird sich kurzfristig noch deutlich verschlimmern", sagte Karr Ingham, Ökonom des Verbands texanischer Energiekonzerne.

Auch in Deutschland beginnen sich die Unternehmen auf schwierigere Zeiten einzustellen. Die Autobauer setzen in ihren einzigen Kommunikationen weniger Autos ab – und seit Dieselgate schwächeln auch in den USA die Allzeit-Spitzenverkäufer. Gewinnmaschinen wie der Autozulieferer Continental müssen angesichts der vielen Krisen die Erwartungen für das laufende Jahr senken. Kreuzkamp, Chefanlagestrategen von Deutscher Asset Management, erwartet, dass die Gewinne in Europa und den USA „zumindest um einige Prozent nach unten revidiert werden müssen".

Der Verfall des Ölpreises macht auch Anleihenvestoren große Sorgen. Der Grund: In den USA machen Produzenten aus der Energiebranche bis 15 Prozent des Ingesamt mehr als 1,5 Billionen Dollar schweren Marktes für Anleihen von Schuldnern mit schwacher Bonität aus. Und diese Anleihen werden reihenweise nicht bedient. Von den 70 Unternehmen, die im vergangenen Jahr bei Ratingagentur Standard & Poor's Schulden im Umfang von fast 100 Milliarden Dollar nicht zahlen konnten, kamen 54 Firmen aus den Bereichen Öl und Gas. Zuletzt machten Swift Energy und Magnum Hunter Resources die Schlacht.

Die Folgen sind dramatisch. Investoren sind verunsichert und werfen solche Bonds aus ihren Depots. Die Kurse sind eingebrochen, die Renditen im Schnitt auf 16,4 Prozent nach oben geschnellt. Damit verlangen Investoren für die Papiere jetzt im Schnitt 10,6 Prozentpunkte mehr Rendite als für US-Staatsanleihen.

Das geschieht in einem Umfeld an den Finanzmärkten, in dem es an Liquidität in einigen Märkten fehlt. „Zurückgegangener Eigenhandel der Banken, wachsende Unsicherheit und die Angst vor einem wirtschaftlichen Rückschlag führen weltweit zu starken Kursschwankungen, die durchaus bis fünf Prozent am Tag betragen können", beweist Stefan Winner, chief der Verband der Anlageberater.

Die Folgen des Preisverfalls zeigen sich auch in der Politik. „Ich habe das Gefühl, dass die Geopolitik nicht das Öl beeinflusst, sondern der Ölpreis die Geopolitik. Den Förderländern fehlen die Einnahmen", sorgt sich Wissenschaftlerchef Mario Mehren.

Doch noch ist die Hoffnung nicht ganz verloren gegangen. Beim World Economic Forum in Davos sagte Martin Sorrell, chief des weltgrößten Werbekonzerns WPP, er verstehe die ganze Aufregung nicht. „Der Ölpreis war im Jahr 2008 bei etwa 100 Dollar. Und wir beschweren uns jetzt über 30 Dollar."

A. Clemen, J. Hauger, T. Jahn, H. Landgraf, D. Schäfer, J. Schwarzer, U. Sommer

Shell-Vorstandschef Ben van Beurden: Deutlicher Gewinneinbruch beim Ölkonzern.

> Ich habe das Gefühl, dass die Geopolitik nicht das Öl beeinflusst, sondern der Ölpreis die Geopolitik.
>
> **mario mehren**
> Wissenschaft/Vorstandschef

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte senden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

RÜCKWÄRTSGANG

Großer Verlierer im Dax

BMW

GEWINNSCHWELLE

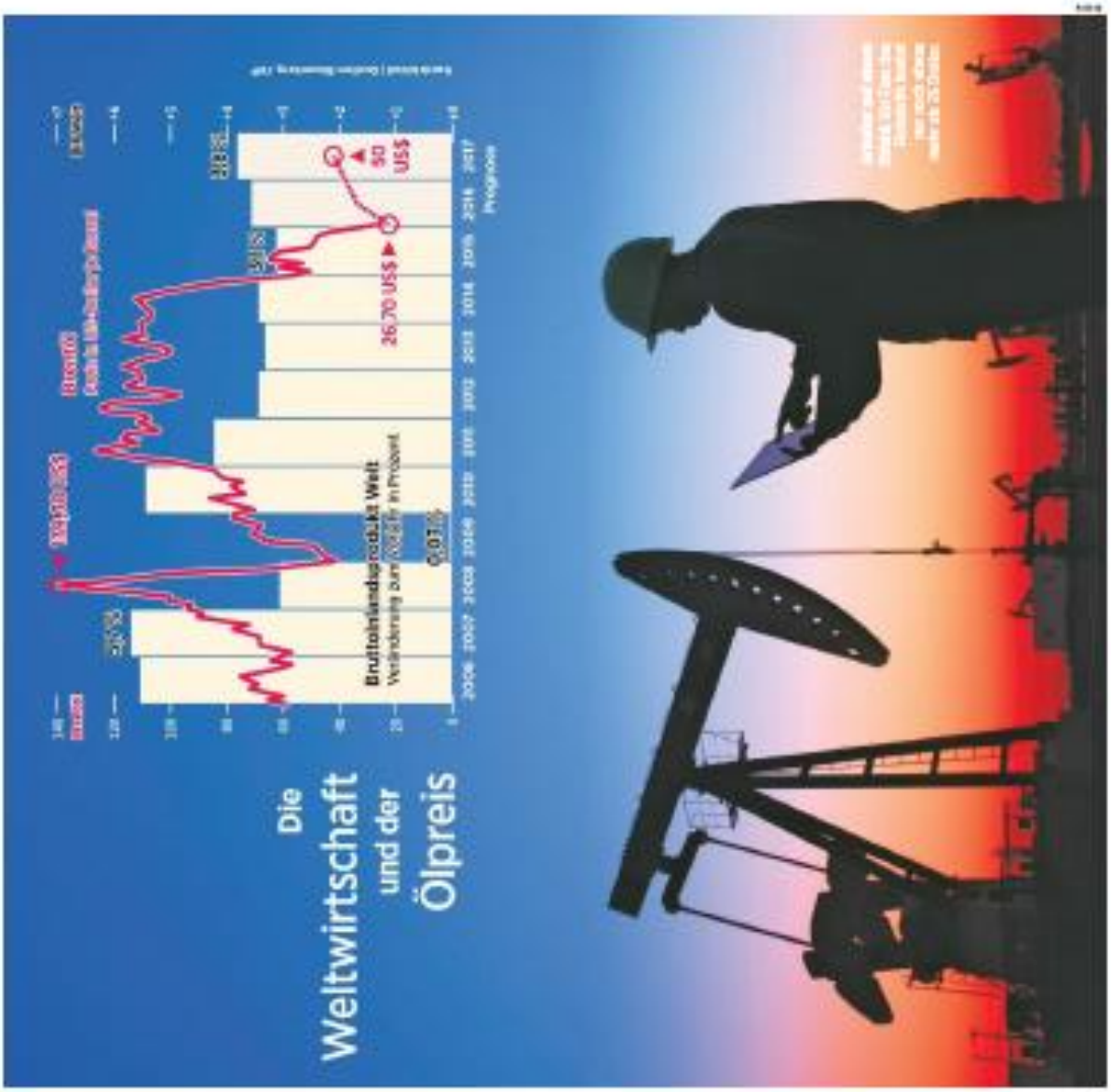
Ertragssäule unter Druck

BASF

KURSVERFALL

Zurück auf Los

Deutsche Bank



Handelsblatt

HandelsblattNr. 014 vom 21.01.2016 Seite 006

Tagesthema

Handelsblatt-Energietagung in Berlin: Wintershall-Chef Mario Mehren (3.v.l.) diskutiert mit seinen Konkurrenten über die Folgen des Ölpreisverfalls.

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Ölmanager sorgen sich um ihre Lieferanten

Deutsche Produzenten warnen vor Spannungen, weil den Fördernationen die Einnahmen wegbrechen.

Jürgen Flauger
Berlin

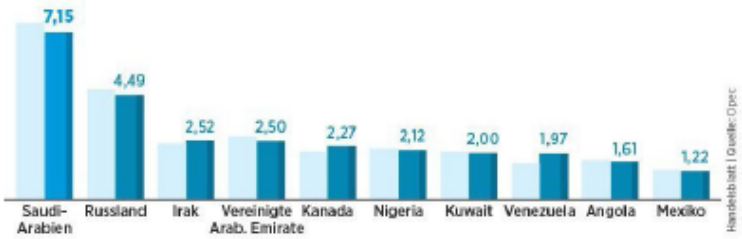
Für die deutschen Autofahrer ist der dramatische Absturz des Ölpreises eine wahre Wohltat. So billig wie jetzt konnten die Verbraucher seit Jahren nicht mehr tanken. Für Wintershall-Chef Mario Mehren ist der Preisrutsch dagegen Anlass zur Sorge. Zum einen fürchtet der Chef des größten deutschen Öl- und Gasförderers natürlich um seine Gewinne. „Mir fällt es schwer als Chef eines Öl- und Gasunternehmens, von Freude zu sprechen", sagte Mehren am Mittwoch auf der Handelsblatt-Energietagung in Berlin. „Öl ist derzeit günstiger als Mineralwasser."

Mehren sorgt sich aber nicht nur um sich, sondern auch um die politische Stabilität in den Ölländern: „Den Förderländern fehlen die Einnahmen." Der Chef der BASF-Tochter warnt vor der Gefahr, dass das Wegbrechen milliardenschwerer Einnahmen die Stabilität in einigen Staaten oder Regionen gefährden könnte: „Ich fürchte, dass die Geopolitik derzeit nicht den Ölmarkt beeinflusst, sondern der Ölpreis die Geopolitik."

Die Branche ist erstaunt, dass die Spannungen im Mittleren Osten wegen des IS-Terrors den Absturz des Ölpreises nicht stoppen können. Im Gegenteil, der Ölpreis ist an diesem Mittwoch auf weniger als 27 Dollar je Barrel (159 Liter) gestürzt und war damit so niedrig wie seit 13 Jahren nicht mehr. „Früher hätten geopolitische Entwicklungen, wie wir sie derzeit sehen, den Ölpreis steigen lassen", sagte Klaus Schäfer, Chef von Uniper, dem Unternehmen, in das Eon zum Jahresanfang seine konventionellen Kraftwerke, den Energiegroßhandel und die Gasproduktion abgespalten hat.

Die größten Ölexporteure

Produktionsmenge 2014 in Mio. Barrel pro Tag — 2013



Schäfer macht sich ebenfalls Sorgen wegen der geopolitischen Folgen: „Aktuell ist der Ölpreis eine Belastung für viele Staaten." In Russland sei der Haushalt zu einem großen Anteil von den Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport abhängig. „Wie lange kann Russland das durchhalten?", fragt Schäfer. Und auch in vielen Staaten Afrikas, des Mittleren Ostens, aber auch in Venezuela sei mit höheren Einnahmen geplant worden. „Nicht mit 100 Dollar je Barrel, aber sicher mit mehr als 40 Dollar."

Mehren sieht die Macht der Ölförderer vorerst gebrochen: „Die Opec hat an Bedeutung verloren." Der relative Anteil von Opec-Öl am Weltmarkt sei gesunken, weil mehr Öl aus Russland auf dem Markt sei und aus Schiefergestein, das erst seit einigen Jahren erschlossen wird. Gleichzeitig seien die Interessen etwa Venezuelas und Irans nicht dieselben wie die von Saudi-Arabien. „Die Opec kann die Volumina beeinflussen, aber nicht mehr die Preise setzen."

Den Kursrutsch erklären die deutschen Energiemanager vor allem mit der aktuell niedrigen Nachfrage. Besonders stark wirke sich das gedämpfte Wirtschaftswachstum in China aus. Gleichzeitig würden aber wegen der niedrigen Ölpreise Investitionen in Exploration und Entwicklung von Ölfeldern verschoben. Die deutschen Energiemanager sind deshalb überzeugt, dass der Ölpreis nicht lange auf den Tiefständen verharren wird.

„In absehbarer Zeit werden wir wieder einen höheren Preis sehen. Der Angebotsüberhang bei Öl ist sehr knapp", sagte Mehren. In „zwei, drei, vier Jahren werden sich die ausbleibenden Investitionen auf den Preis auswirken". Gleichzeitig müsse sich der Markt an Schwankungen gewöhnen. „Der Öl- und Gasmarkt ist sehr turbulent", sagte Mehren - und der Markt werde auf niedrigerem Niveau volatil bleiben.

„Bei einem Preis von 28 Dollar rechnen sich Investitionen nicht", ist auch Uniper-Chef Schäfer überzeugt. „Das wird nicht ewig so bleiben können - die Frage ist nur, wie lange das dauern wird." Schäfer erinnerte daran, dass es erst zwei Jahre her sei, dass die Preise auf einem ganz anderen Niveau waren und der Ölpreis nur eine Richtung kannte - nach oben: „Das kann sehr schnell gehen - und nicht nur nach unten, sondern auch nach oben."

„Ich gehe davon aus, dass der Ölpreis wieder steigen wird", sagte auch Dea-Chef Thomas Rappuhn. Derzeit würden Projekte zur Exploration und Entwicklung von Ölfeldern im Volumen „von mehreren Hundert Milliarden Euro" gestoppt. Die könnten auch nicht schnell wieder aufgenommen werden. „Die Produktion wird sinken", ist er überzeugt.

Rappuhn glaubt aber, dass die Preise nicht wieder das Niveau von 2014, als Öl mehr als 100 Dollar je Barrel kostete, erreichen können. Das liegt nach seinen Worten an der Produktion von Schiefer-Öl, der Erschließung neuer Lagerstätten in Schiefergestein. Hier lägen die Grenzkosten bei 40 bis 60 US-Dollar, und die Lagerstätten könnten auch vergleichsweise schnell erschlossen werden. Dadurch gebe es eine niedrige Barriere, ab der bei steigenden Preisen wieder neues Öl auf den Markt komme.

Im Gegensatz zu Wintershall-Chef Mehren und seinen Kollegen kann sich Utz Tillmann aber sehr wohl über den Status quo freuen: „Ich weine nicht über den niedrigen Ölpreis", sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie. „Der niedrige Ölpreis in Verbindung mit dem schwachen Euro hilft uns." Allerdings gelte das zwar für den internationalen Wettbewerb, nicht aber für die Gewinnentwicklung. Die Branche könne sich nicht über „hohe Margen" freuen: „Unsere Kunden wollen Preisnachlässe."

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Handelsblatt, 21.01.2016

„Wir müssen einen Zahn zulegen“

Die Bundesumweltministerin über den Umbau der Wirtschaft und einen Kohlekonsens.

Umweltministerin Barbara Hendricks: Reden als „vernunftbegabte Menschen“.

Silke Kersting
Berlin

Die Atmosphäre im Vorfeld des Weltklimagipfels in Paris ähnelte einem Pokerspiel - so erzählt es Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD): „Man schaut mit ausdrucksloser Miene in die Karten und wartet dann mal ab, was die anderen so machen.“

Seit Dezember steht das Ergebnis fest, die Zeit des Abwartens ist vorbei. Das Klimaabkommen gibt eine klare Richtung vor: raus aus dem fossilen Zeitalter. „Die Energiewirtschaft muss bis Mitte des Jahrhunderts klimaneutral sein“, sagte Hendricks auf der Handelsblatt-Energietagung in Berlin. In der umstrittenen Frage, ob das in Deutschland ein Ende der Braunkohleverstromung bereits in 20 oder 25 Jahren bedeutet oder ein Aus erst 2050 realistisch ist, gab sich die Ministerin ganz pragmatisch.

„Es geht um einen Prozess, in dem wir nicht - wie bei der Atomkraft - über Jahre Schützengräben hochziehen“, sagte sie. „Ich will keine Debatte, in der die Ökologie gegen die Wirtschaftskraft oder gegen Arbeitsplätze ausgespielt wird.“

Deutschland brauche einen Kohlekonsens: „Wir sind jetzt gefordert, einen Kohleausstiegspfad zu beschreiben“, so die Ministerin. Da sehe sie im Übrigen keinen Widerspruch zu Sigmar Gabriel. Ihr Parteikollege, Wirtschaftsminister und Vizekanzler hatte am Vortag ebenfalls auf der Energietagung des Handelsblatts betont, einem Masterplan für einen Kohleausstieg könne er nichts abgewinnen, wolle aber bald alle Beteiligten an einen Tisch holen. Man müsse sich doch „als vernunftbegabte Menschen“ unter Abwägung aller Interessen - der Beschäftigen, der Regionen, der Investoren und der Unternehmen - auf ein Szenario verständigen können, sagte Hendricks. Sie sei zwar Umweltministerin, aber keine Spinnerin. „Ich werde mich nicht darin verkämpfen, ob das letzte Braunkohlekraftwerk 2045 oder 2050 vom Netz geht, aber 2050 muss es vom Netz gehen.“

Verglichen mit anderen Branchen seien die Energieversorger zwar weiter auf dem Weg in Richtung Treibhausneutralität, sie verursachten aber auch den dicksten Brocken an Emissionen.

Für andere Branchen seien die Herausforderungen jedoch mindestens ebenso hoch. Im Verkehrssektor zum Beispiel sei bislang „viel zu wenig geschehen“. Obwohl Autos sparsamer würden, seien die Emissionen heute höher als noch vor 20 Jahren. Es gehe jetzt darum, Elektroautos für die breite Masse interessant zu machen. Norwegen etwa sei viel weiter. „Wir müssen jetzt auch in Deutschland einen Zahn zulegen und die Rahmenbedingungen für E-Autos verbessern.“ Hendricks sprach sich abermals für direkte Kaufanreize in der Größenordnung von 5 000 Euro für private Autokäufer aus - aber ebenso für bessere Abschreibungsbedingungen für gewerbliche Kunden. Zudem müsse die Ladeinfrastruktur ausgebaut werden.

„95 Prozent weniger CO_2 bis 2050, das ist unser Ziel“, sagte die Ministerin. Dafür seien Anstrengungen auf allen Gebieten notwendig: beim Verkehr, im Gebäudebereich, bei den Prozessemissionen und in der Landwirtschaft. Dieser Wandel werde nicht kostenfrei sein, aber selbst wenn einem das Klima und die Natur egal wären: „Wir machen unsere Wirtschaft wettbewerbsfähiger und zukunftssicher.“

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

VERSORGER

Zu wenig Geld für Investitionen

Bobby Chada kommt gleich zum Punkt: „Wir haben keine sehr positive Sichtweise auf die Investitionsrenditen, die sich in den nächsten Jahren bei Energieversorgern bieten." Der Morgan-Stanley-Analyst macht Stromkonzernen wie Eon, RWE oder Engie (vormals GDF Suez) kaum Hoffnung, schnell und einfach neue Investoren zu finden: „Alle sind vorsichtig. Es ist sehr schwierig, das Risiko der Atomenergie und Braunkohle zu bewerten."

Düstere Aussichten für Energieversorger prophezeit auch John Lynch, Chef der Energiesparte der amerikanischen Investmentbank Merrill Lynch. „Wenn man sich die Portfolios bis 2020 oder 2030 ansieht, dann werden einige sogar Verluste von 30 bis 40 Prozent hinnehmen müssen." Den Hauptgrund dafür sieht Lynch in „Umweltfaktoren", die sich negativ auf die Ergebnisse der Unternehmen auswirken würden.

Bei der Weltklimakonferenz in Paris einigten sich erst im Dezember vorigen Jahres 196 Staaten darauf, die Erderwärmung eindämmen zu wollen. Eine klare Abkehr von CO_2-Monstern wie Kohle, Öl oder Gas. Und ein Beschluss, der die ohnehin angeschlagenen Energieversorger weiter in die Bredouille bringt. Weil es sowohl im Strom- als auch im Gasmarkt in Europa massive Überkapazitäten gibt, rechnet sich das einstige Kerngeschäft der Versorger kaum noch: der Betrieb großer Kraftwerke. „Wir werden hier erneut Abschreibungen sehen", sagte Branchenkenner Bobby Chada, „Schließungen von fossilen Kraftwerken sind unvermeidlich."

Immer mehr institutionelle Investoren wie der Versicherungskonzern Allianz oder der norwegische Staatsfonds ziehen zudem massiv Kapital aus Unternehmen ab, die vorrangig mit der Elektrizitätsgewinnung durch Kohle Geld verdienen. Neue, ertragreiche Geschäftsmodelle, die die Verluste der Versorger aus ihrem alten Kerngeschäft ausgleichen können, sieht Chada noch nicht. Zwar gebe es durchaus „attraktive Renditen bei erneuerbaren Energien und Verteilnetzen". Doch den Stromkonzernen fehle es an Geld für Investitionen und Innovationen.

Investmentbanker John Lynch erwartet deshalb, dass die Stromkonzerne Vermögenswerte im Umfang von „50 bis 80 Milliarden Dollar" verkaufen werden, um ihre Bilanzen zu sanieren. Lynch kritisierte, dass die Versorger zu wenig Augenmerk auf Themen wie „Smart-Home" oder Energieberatung legen: „Da ist das Kundenpotenzial noch längst nicht erschlossen." Dabei hätten die Stromkonzerne gerade beim digitalen Zuhause einen großen Vorteil: Sie genießen anders als Internetkonzerne wie Google das Vertrauen der Bürger – vor allem in Sachen Datenschutz.

Handelsblatt

HandelsblattNr. 014 vom 21.01.2016 Seite 023

Unternehmen & Märkte

BIG DATA

Die Hochzeit der Daten

Google sieht sich als Partner der Energiebranche.

Man traut uns hier ja eine ganze Menge zu", scherzte Markus Hinz bei der Handelsblatt-Energietagung. Der Google-Manager mühte sich, der versammelten Elite der europäischen Stromwirtschaft weiszumachen, dass deren Ängste vor einem Frontalangriff des Internetgiganten im Energiesektor unbegründet seien. „Ich sehe uns gar nicht im Wettbewerb", rief er den skeptisch dreinschauenden Topmanagern von Versorgern wie Eon, RWE, EnBW oder den Stadtwerken München zu.

„Unser Kerngeschäft ist im Medienbereich", sagte Hinz und reichte der Energieindustrie damit symbolisch die Hand. Google wolle Chancen aufzeigen, wie und in welchen Bereichen man miteinander kooperieren könne. Im Zentrum stehe dabei: Big Data.

Es habe 50 Jahre gedauert, bis 50 Millionen Menschen Zugang zur Telefontechnik hatten. Zum Vergleich: Das Videospiel „Angry Birds" brauchte nur „35 Tage", um die gleiche Anzahl an Nutzern zu erreichen, erklärte Hinz. Der Google-Manager ist überzeugt: „Der Datenverbrauch über Smartphones wird explodieren." Schon jetzt seien die intelligenten Mobiltelefone die „Fernbedienung für die ganze digitale Welt."

Noch wisse zwar niemand, was einmal das „WhatsApp der Energiewirtschaft" werde. Aber schon bald, sagte Hinz, „macht sich die eine oder andere App auf sehr vielen Smartphones breit, die uns zum Beispiel in Echtzeit darstellt, wie wir Energie einsparen können".

Hinz verantwortet bei Google das Onlinemarketing für den deutschsprachigen Raum und Osteuropa. Der Suchmaschinenriese erhebe eine Menge Daten, die für Energieversorger nützlich sein könnten. So wisse Google etwa, dass alleine in Deutschland pro Tag 200 000-mal nach den Begriffen „Strom" und „Gas" gesucht werde.

Wenn man künftig die Daten von Google mit jenen der Energieversorger „verheiratet", erklärt Hinz, könne man für beide Seiten einen „riesigen Mehrwert" generieren. „Wir haben eine Menge anzubieten", sagte Hinz. Gleichzeitig hat Google allerdings schon mehr als 2,5 Milliarden Dollar in Start-ups oder Projekte mit Fokus auf erneuerbare Energien investiert. Und viele der Ideen klingen mehr nach Attacke als fröhlichem Miteinander.

So bietet Google schon jetzt mit „Sunroof" einen Dienst in den USA an, der auf Google Maps aufsetzt und Nutzern zeigen soll, ob sich der Kauf einer Photovoltaikanlage lohnt oder nicht - quasi ein Solarkataster. Mit Makani Power will Google zudem die Windkrafterzeugung revolutionieren. Fliegende Windturbinen sollen gleichsam wie Lenkdrachen Hunderte Meter hoch in die Luft steigen und dort Strom generieren. Der Clou: In 300 Meter Höhe bläst der Wind viel schneller und beständiger. Das erhöht die Energieausbeute. Franz Hubik

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Handelsblatt, 21.01 2016

HandelsblattNr. 014 vom 21.01.2016 Seite 026

Meinung Leitartikel

LEITARTIKEL

Die späte Einsicht des Sigmar Gabriel

Der Appell des Ministers für mehr Markt in der Energieversorgung war überfällig. Jetzt muss entschlossenes Handeln folgen, fordert **Jürgen Flauger**.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ist um markige Worte nicht verlegen. Die Produzenten von erneuerbaren Energien verglich er auf der Handelsblatt-Energiesagung einfach mal mit Hunden. Es sei richtig gewesen, den Grünstrom-Produzenten eine Anschubhilfe zu geben, als diese noch Welpen waren, also noch klein und unbedeutend. Inzwischen seien aus den Welpen aber Jagdhunde geworden – und diese mächtigen Spieler auf dem Energiemarkt bräuchten eines nun überhaupt nicht mehr: einen Welpenschutz.

Mit dem Vergleich aus der Tierwelt begründete Gabriel eine Neuausrichtung seiner Energiepolitik, die Produzenten von Wind- oder Solarenergie als Kampfansage versuchen dürfen. Die Zeit der kompletten Absicherung der Risiken ist endgültig vorbei, auch die erneuerbaren Energien sollen sich zügig dem Wettbewerb stellen. „Mehr Markt, weniger Staat" lautet künftig die Maxime in der Energiepolitik – jedenfalls, wenn es nach Gabriel geht.

Die Forderung ist richtig. Seit 16 Jahren läuft in Deutschland die Energiewende, es ist an der Zeit, auch den Energiemarkt zu einem richtigen Markt zu machen. Die Einsicht kommt nur reichlich spät – wahrscheinlich sogar zu spät. Der Energiemarkt ist durch unzählige Eingriffe, durch Gesetze und Verordnungen, so aus den Fugen geraten, dass er keine verlässlichen Preissignale mehr liefert.

Die Anschubhilfe, die Deutschland im Jahr 2000 Wind, Sonne, Biomasse & Co. mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gegeben hat, hat ohne Zweifel ihre Aufgabe eindrucksvoll erfüllt. Das Ziel, deren Anteil an der Stromerzeugung zu steigern, wurde mehr als erfüllt. Im vergangenen Jahr war schon ein Drittel des deutschen Stromes grün – im Jahr 2000 waren es gerade einmal sieben Prozent.

Der Boom der erneuerbaren Energien wurde dabei von Hunderttausenden begeisterten Umweltschützern getragen, aber auch von vielen nüchtern kalkulierenden Hausbesitzern und geschäftstüchtigen Unternehmen. Das EEG nahm ihnen die Risiken weitgehend ab und erlaubte satte Gewinne. Wer eine neue Anlage baute, dem wurde garantiert, dass er Strom vorrangig ins Netz einspeisen durfte – und das zu hohen Vergütungen, die über den Marktpreisen lagen.

Das war zu rechtfertigen, als die erneuerbaren Energien ein Nischendasein fristeten. Es ist aber nicht mehr akzeptabel, seit Wind, Sonne und Biomasse eine bedeutende Rolle im Strommix haben. Je höher der Anteil ist, der privilegiert ins Netz eingespeist wird, umso kleiner wird schließlich der Anteil der Nachfrage, um den sich die konventionellen Stromproduzenten im Wettbewerb streiten können.

Die Politik hat zwar mehrfach gegengesteuert und das EEG reformiert. Vergütungen wurden gekürzt, einzelne Energieträger mehr, andere weniger stark gefördert. Das Wachstum setzt sich aber ungebremst fort – vor allem übertrifft es alle Erwartungen. 2010 hatte die damalige Bundesregierung das Ziel ausgegeben, bis 2020 solle der Anteil der Erneuerbaren bei 35 Prozent liegen. Was damals noch eine kühne Vision war, ist jetzt schon fast Realität.

Als Kollateralschäden auf der Strecke bleiben Kohle- und Gaskraftwerke. Sie werden schlicht von den privilegierten erneuerbaren Energien aus dem Markt gedrängt. Aktuell kostet Strom am Terminmarkt der Energiebörse EEX weniger als 24 Euro je Megawattstunde. Vor vier Jahren waren es noch mehr als 50 Euro. Zu diesen Preisen lässt sich kaum noch ein Kraftwerk kostendeckend betreiben. Umweltlobbyisten mögen die Verdrängung von Kohlekraftwerken als Erfolg feiern, noch werden sie aber zur Absicherung der Stromversorgung benötigt.

> Strom soll umweltfreundlich erzeugt werden, muss gleichzeitig aber auch bezahlbar bleiben – und die Kunden müssen vor Stromausfällen gesichert werden.

Der Ökostromboom überfordert zudem die Netzbetreiber. Sie müssen immer öfter eingreifen, um plötzliche Schwankungen im Stromangebot abzufedern, weil eben einmal kein Wind weht oder die Sonne nicht scheint.

Und den Erfolg des EEG bezahlen die Verbraucher. Die Differenz zwischen der hohen Einspeisevergütung und dem Marktpreis wird auf den Strompreis umgelegt. Je Kilowattstunde zahlen sie dafür 6,3 Cent – also mehr als doppelt so viel, wie Strom an der Börse kostet. Insgesamt summiert sich die EEG-Umlage in diesem Jahr auf rund 23 Milliarden Euro.

Eine gute Energiepolitik sorgt für Klimaschutz, achtet aber auch auf Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. Strom soll umweltfreundlich erzeugt werden, muss gleichzeitig aber auch bezahlbar bleiben, und die Kunden müssen vor Stromausfällen gesichert werden. Jahrelang hat die Politik einseitig auf das erste Ziel gesetzt. Es ist an der Zeit, endlich eine ausgewogene Balance zu finden. Gabriel muss seinen markigen Worten nun entschlossene Taten folgen lassen.

Der Autor ist Leiter des Industrieteams.
Sie erreichen ihn unter:
flauger@handelsblatt.com

pv-magazine.de, 19.01.2016

pv magazine
PHOTOVOLTAIK. MÄRKTE & TECHNOLOGIE

Über uns | Mediainformation | Newsletter | Abo | Kontakt

Themen | Meinung | Nachrichten | Modultest | Archiv | Marktübersichten | Produkte | Marktplatz | Termine | Suchwort oder Webc | Suchen

Photovoltaik Märkte und Technologie » Nachrichten »

Im vergangenen Jahr sagte Gabriel seinen Auftritt auf der Handelsblatt Jahrestagung noch kurzfristig ab.
Foto: EUROFORUM/Dietmar Gust

Gabriel: Keinen Welpenschutz für Erneuerbare mehr

19. Januar 2016 | Märkte und Trends, Topnews, Politik und Gesellschaft

Der Bundeswirtschaftsminister zeigte auf einer Konferenz in Berlin auf, wie aus seiner Sicht die Energiewende nun langfristig zu einem Erfolg gemacht werden kann. Er betonte dabei, dass die Bundesregierung den Weg der marktwirtschaftlichen Ausrichtung beim Ausbau der Erneuerbaren konsequent weitergehen wird. Einen schnelleren Ausbau von Photovoltaik und Windkraft will Gabriel nicht, damit die Schere mit dem Netzausbau nicht noch weiter auseinandergeht.

FRONIUS ENERGY PACKAGE
DIE INDIVIDUELLE SPEICHERLÖSUNG FÜR 24H SONNE.
Fronius
ANZEIGE

„Die Energiewende ist längst durchgesetzt und nicht rückholbar", sagte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) auf der 23. Handelsblatt Jahrestagung „Energiewirtschaft 2016" am Dienstag in Berlin. Nun gehe es darum, Planbarkeit und Berechenbarkeit zu schaffen und die Kosten im Griff zu behalten. Den Strommarkt und die Energiewende in die richtigen Bahnen zu lenken, habe sich die Bundesregierung in dieser

Diesen Artikel teilen
Gefällt mir 274 G+1 3
Twittern

Legislaturperiode zum Ziel gesetzt und sei auf einem guten Weg, so Gabriel weiter. Die Grundkoordinaten seien dabei Atomausstieg, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Es gehe nun darum, die erneuerbaren Energien in den Strommarkt zu integrieren, den Strommarkt fit für die Erneuerbaren zu machen und einen Infrastruktur zu schaffen, die dazu passt. „Diese drei Elemente müssen verzahnt werden, damit die Energiewende zu einem Erfolg wird", so der Bundeswirtschaftsminister zur Eröffnung der Veranstaltung.

Einen großen Teil seiner Rede widmete Gabriel den Erneuerbaren. „Wir brauchen keinen Welpenschutz mehr für die Erneuerbaren", sagte er mit Blick auf die anstehende EEG-Reform in diesem Jahr. Dafür gebe es keinen Grund mehr angesichts ihrer Entwicklung in den vergangenen Jahren. Das EEG sei ein gutes Fundament für die Technologieentwicklung gewesen. Nun gehe es aber darum, dass sich die erneuerbaren Energien dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb stellten. Der erste Schritt dafür sei die Einführung der verpflichtenden Direktvermarktung mit dem EEG 2014 gewesen. Früher habe er sich als ein politischer Bündnispartner der Erneuerbaren gesehen, so Gabriel weiter. Heute gehe es eher darum, wieder eine Rollendistanz zwischen Politik und Lobbyismus aufzubauen. Auch die Erneuerbaren hätten sich zu Verbänden zusammengeschlossen und deren Unternehmen versuchten, ihre Position am Markt zu optimieren. Sie kämpften dabei mit den gleichen Mitteln wie die Vertreter der konventionellen Energien und seien kaum von diesen zu unterscheiden.

„Die hohe Kostendynamik bei der Energiewende ist gebrochen", sagte Gabriel mit Blick auf seine EEG-Novelle von 2014. Bei der Reform in diesem Jahr gehe es nun darum, das Fundament einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung weiter zu stärken. Deshalb solle nach der Direktvermarktung nun die Umstellung auf Auktionen erfolgen. Ausschreibungen seien die „kostengünstigste Lösung", so Gabriel weiter. „Die Politik gibt die Menge vor und der Markt bestimmt den Preis." Gabriel bestätigte den Kurs der Bundesregierung, künftig vor allem auf Windkraft und Photovoltaik setzen zu wollen. „Wir müssen jetzt konsequent sein und die marktwirtschaftliche Ausrichtung fortführen, da langfristig eine staatliche Lenkung bei den erneuerbaren Energien nur negative Auswirkungen hat", so Gabriel weiter. Im vergangenen Jahr habe die Windkraft den deutlich unter dem Zielkorridor liegenden Photovoltaik-Zubau in etwa ausgleichen können. Es sei dabei vor allem ein Glücksfall gewesen, dass es sich dabei um die kostengünstige Windkraft an Land gehandelt habe. Für die Zukunft forderte er gerade für diese einen Mindestausbaukorridor, um den notwendigen weiteren Zubau bei den Erneuerbaren sicherzustellen. Allerdings bekräftigte er auch seine Auffassung, dass die Pilotausschreibungen bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen ein großer Erfolg sind. Er machte dies erneut an den Runde für Runde gesunkenen Preisen fest.

Am häufigsten gelesen

- Gabriel: Keinen Welpenschutz für Erneuerbare mehr
- Claudia Kemfert kritisiert Gespensterdebatte um Kosten der Energiewende
- Nach Tesla und Daimler drängt BMW ins Photovoltaik-Speichergeschäft
- SMA zielt mit neuem Wechselrichter auf Hochvolt-Batterien wie Tesla Powerwall ab
- Demonstration gegen Schließung von Bosch CISTech in Berlin
- EEG-Referentenentwurf stößt auf viel Kritik
- Deutsche Solarbranche soll vom weltweiten Photovoltaik-Boom profitieren

Melden Sie sich jetzt kostenlos für unseren täglichen Newsletter an.

Zur Anmeldung

Top50 Solar®
ANZEIGE

Gabriel betonte: „Wir müssen bei der Energiewende den Rucksack der hohen Kosten aus der Vergangenheit weiter mittragen." Er reagierte damit auf Äußerungen des CDU-Fraktionsvize Michael Fuchs aus der vergangenen Woche, der vom Bundeswirtschaftsminister Sofortmaßnahmen forderte, damit die Energiewende nicht zu einem finanziellen Desaster würde. Aus Sicht des SPD-Vorsitzenden biete die Energiewende in Deutschland auch die Chance eine nachhaltige Wirtschaft zu befördern. Das Gespenst einer Deindustrialisierung Deutschlands durch den Ausbau der Erneuerbaren wies er zurück.

Einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien – also eine Öffnung des Zielkorridors bis 2025 einen Anteil von 40 bis 45 Prozent zu erreichen – lehnte Gabriel in seiner Rede ab. „Die Schere zwischen Erneuerbaren und Netzausbau darf nicht weiter auseinandergehen", sagte er. Schon jetzt lägen die Redispatchkosten - also die Ausgaben zur Stabilisierung der Stromnetze - bei etwa 1,0 Milliarde Euro und würden in diesem Jahr wohl auf 1,5 Milliarden Euro weiter steigen. Nach Ansicht von Gabriel drohten gerade die Netzentgelte zum künftigen Preistreiber für Strom zu werden. „Es geht nicht darum, die Erneuerbaren auszubremsen. Die Ausbaukorridore müssen eingehalten werden", sagte der Bundeswirtschaftsminister. „Wir würden die Energiewende diskreditieren, wenn die Schere zwischen Erneuerbaren und Netzausbau noch weiter auseinander geht." Ein wichtiger Schritt sei dabei auch, dass künftig verstärkt auf Erdkabel gesetzt werden soll. Dies könnte nun für einen zügigen Ausbau sorgen. Zudem sei er froh, dass der „elendige Streit" mit Bayern über den Bau der Nord-Südtrassen beigelegt sei.

Mit Blick auf die Zukunft der Kohle kündige Gabriel an, dies sachlich beraten zu wollen. Es dürfe „keine politischen und öffentlichen Erdbebenwellen" geben, sondern es gehe mit Blick auf den Klimaschutz darum, eine Lösung zu finden. Er wolle dazu die Vertreter an einen Tisch holen. „Von einem Masterplan halte ich nichts", so Gabriel weiter. Er kündigte zugleich an, dass er sich in diesem Jahr verstärkt darum kümmern wolle, dass der europäische Emissionshandel besser in Gang komme. Danach müsste auch über die wirtschaftlichen Konsequenzen diskutiert werden. Es dürfe beim Klimaschutz allerdings keine einseitige Debatte geben. „Wir dürfen die Bereiche Verkehr und Wärme nicht vergessen und nicht nur Druck auf den Stromsektor aufbauen", sagte Gabriel.

Im zweiten Teil seiner Rede verteidigte der Bundeswirtschaftsminister vor den etwa 1800 Vertretern, überwiegend aus der konventionellen Energiewirtschaft, seine Entscheidung beim Strommarktdesign nicht auf Kapazitätsmärkte zu setzen. Eine Neuausrichtung mit flexiblen Kraftwerken sei dringend geboten. „Wir können aber nicht bei den erneuerbaren Energien massiv kürzen und dann Kapazitätsmärkte einführen", sagte Gabriel. Die Energiewende sieht er als „beispiellosen Umbruch". Aber obwohl die erneuerbaren Energien mittlerweile führend im Stromsektor seien, bräuchte Deutschland auch künftig noch fossile Grundlastkraftwerke. (Sandra Enkhardt)

Die Welt, 19.01.2016

DIE WELT

ABONNIEREN

ZUR STARTSEITE

WIRTSCHAFT ENERGIEWENDE 19.01.16

Gabriel gegen vorschnellen Kohleausstieg

Bundeswirtschaftsminister Gabriel hält einen Ausstieg aus der Kohleverstromung vor 2050 für möglich. Große Masterpläne seien jedoch überflüssig. Seine Strategie ist eine andere.

2 Empfehlen 7 Twitten G+1 2

Von Daniel Wetzel
Wirtschaftsredakteur

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hält einen Ausstieg aus der Kohleverstromung noch vor 2050 nicht für ausgeschlossen. Allerdings sehe er auch nach der Weltklimakonferenz von Paris nicht die Notwendigkeit, der Forderung der Opposition nach einem Masterplan zum beschleunigten Kohleausstieg nachzukommen.

Foto: dpa
Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD)

"Ich halte es für etwas zu ambitioniert, schon 2016 die energiewirtschaftliche Lage im Jahr 2050 präzise beschreiben zu wollen", sagte Gabriel auf der vom "Handelsblatt" organisierten Jahrestagung der Energiewirtschaft in Berlin: "Ich bin mit diesen Rufen nach Masterplänen etwas vorsichtig geworden." Man dürfe Energiepolitik stetig und verlässlich betreiben "und nicht, indem man ständig Erdbebenwellen auslöst".

Gabriel verwies aber auf die geringe zeitliche Differenz zwischen den Vorstellungen der Kohlekritiker und denen der Energiekonzerne. Während der ökologische Thinktank "Agora Energiewende" jüngst ein Konzept für den Kohleausstieg bis 2040 vorgelegt hat, gehen die Betreiber der Braunkohletagebaue von einem Produktionsende 2050 aus. "Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese zehn Jahre Unterschied ein unüberwindbares Problem darstellen", sagte Gabriel.

Gabriel setzt auf den Emissionshandel

Aus Sicht des Bundeswirtschaftsministers ist der europäisch organisierte Handel mit CO_2-Rechten das geeignete Instrument für den Klimaschutz. "Es ist schwer zu verstehen, warum wir jetzt wieder mit nationalen Zielen zur Kohleverstromung anfangen sollen, wenn wir uns doch eigentlich alle einig sind, dass Klimaschutzanstrengungen nur auf europäischer Ebene Sinn machen."

"Mein Vorschlag ist, dass wir die Reihenfolge umdrehen", sagte Gabriel vor rund 1000 Topmanagern und Entscheidern der Energiewirtschaft im Berliner Hotel

MEISTGELESENE ARTIKEL

Umfragenkönig Trump
Was zum Henker ist mit den Amerikanern los?

Forsa-Umfrage
Kanzlerin Merkel büßt deutlich an Zustimmung ein

Umfrage in Hessen
AfD auf der Überholspur - CDU und SPD brechen ein

MEISTGELESEN AUF POLITICO

1. The 9 best moments from the Donald Trump debate
2. A very British debate on Donald Trump

"Interconti": "Erst bringen wir den europäischen Emissionshandel in Gang, und dann sprechen wir ideologiefrei über die Folgen für die nationale Stromerzeugung." Man könne jetzt Gespräche beginnen, solle aber "nicht wieder mit großen Masterplänen anfangen".

Im Klimaschutz wird der Druck auf die Stromwirtschaft nur deshalb größer, weil der Druck auf Verkehr und Landwirtschaft so niedrig ist

Sigmar Gabriel
Bundeswirtschaftsminister

ZUR STARTSEITE

Gabriel warnte davor, den Ausstieg aus der Kohleverstromung, die heute noch rund 45 Prozent der deutschen Elektrizitätsnachfrage deckt, zu verharmlosen. Er erinnerte daran, wie schwer es im vergangenen Jahr gewesen sei, die Braunkohlewirtschaft zu einer CO_2-Minderung von lediglich 22 Millionen Tonnen zu bewegen. "Beim Kohleausstieg geht es aber eher um 250 Millionen Tonnen", sagte Gabriel: "Das ist nur ein Hinweis auf das, was uns da bevorsteht."

Seinen ersten Saal-Applaus erntete Gabriel, als er auf die großen Versäumnisse beim Klimaschutz in anderen Wirtschaftssektoren hinwies, die von den Kraftwerksbetreibern stets ausgebadet werden müssten: "Im Klimaschutz wird der Druck auf die Stromwirtschaft nur deshalb größer, weil der Druck auf Verkehr und Landwirtschaft so niedrig ist."

Ökostrom-Branche verliert ihren Welpenschutz

Gabriel stellte sich ausdrücklich hinter die Beschäftigten in der ostdeutschen Braunkohleregion Lausitz. Der ansonsten strukturschwachen Region müsse bei einem Kohleausstieg substanzielle Kompensation garantiert werden: "Ich bin nicht bereit, über Ausstiegsszenarien in der Lausitz zu sprechen, ohne zugleich Einstiegsgespräche zu führen, die mehr sind als nur ein paar freundliche Versprechungen."

Gabriel forderte eine größere "Rollendistanz" der Politik von der Ökostrombranche. Es sei Zeit, die Branche der Ökostromerzeuger wie jeden anderen Wirtschaftszweig auch zu behandeln. Die Zeiten, da dieser Sektor politische Bündnispartner gebraucht habe, seien vorbei, ein besonderer "Welpenschutz" sei nicht mehr nötig: "Aus den Welpen sind ziemlich kräftige Jagdhunde geworden." Insbesondere die Verbände der Erneuerbare-Energien-Wirtschaft unterschieden sich "überhaupt nicht von den klassischen Industrieverbänden, weder vom Habitus noch von den Zielen her", sagte Gabriel: "Das sind Leute, die Geld verdienen wollen."

Energiewende
Das ist der größte Solarpark Europas

Gabriel verteidigte vor diesem Hintergrund sein Festhalten an den streng definierten "Ausbaukorridoren" für Wind- und Solarkraft. Jeder Lobbywunsch nach einem noch stärkeren Ausbau werde nur hohe Folgekosten nach sich ziehen, weil die Netzinfrastruktur mit den immer stärker anwachsenden Ökostromkapazitäten nicht mehr Schritt halten könne.

Gabriel verwies darauf, dass die Netzbetreiber immer stärker in den Betrieb von Kraftwerken eingreifen müssen, um noch Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Im vergangenen Jahr hätten diese sogenannten Re-Dispatch-Kosten bereits mehr als eine Milliarde Euro betragen. Mit diesem Geld wurden Kraftwerke vergütet, die aufgrund von Netzengpässen und Ökostromüberschüssen entgegen der Marktlage hoch- oder runtergefahren werden mussten. In diesem Jahr dürften die Kosten für solche Markteingriffe auf über 1,5 Milliarden Euro steigen, warnte Gabriel.

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten

3. A European gun culture deadlier than America's
4. Hollande's plan to fix France (and his reelection chances)
5. Germany the 'best country in the world'

POLITICO in Brüssel, Partnerpublikation der WELT, berichtet über Politik und Persönlichkeiten der Europäischen Union. www.politico.eu

Hausratversicherung ANZEIGE
Schützen Sie
Ihr Hab und Gut
Jetzt informieren

DIE WELT Digital
1 Monat kostenlos nutzen!
Jetzt testen!

Finanzen 100, 19.01.2016

Finanzen100

ERHOLUNGSRALLY

9,57 Prozent: RWE-Aktien bauen Gewinne aus

gestern 16:50 • Finanzen100

Die Aktie von RWE ver (©360b / Shutterstock.com)

RWE-Aktien haben am Dienstag zu einer Erholungsrally angesetzt. Nach einer Rede von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sprang der Energietitel an die Spitze im Dax. Zuletzt verzeichnete die RWE-Aktie ein Plus von 9,57 Prozent. Nach einem Minus von mehr als 54 Prozent alleine im Jahr 2015 ist das für viele Anleger aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Vom Rekordhoch im Jahr 2008 bei 102,54 Euro bleibt das Papier meilenweit entfernt.

Die energiepolitischen Aussagen verlieren an Schärfe und das sorge für Erleichterung, sagte ein Händler. Gabriel hatte auf der

"Handelsblatt"-Jahrestagung zur Energiewirtschaft 2016 gesprochen. Im politischen Streit um einen Kohleausstieg will er alle Beteiligten bald an einen Tisch holen. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sieht derweil keine Notwendigkeit für einen Plan zum schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Fossile Kraftwerke seien auf Sicht noch unerlässlich zur Sicherung der Energieversorgung, sagte die SPD-Politikerin der Zeitung.

Aktienexperte Andreas Lipkow von Kliegel & Hafner sagte: "Es war zu erwarten, dass die Suppe nicht so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wurde." Die Versorger in Deutschland seien an der Börse während der vergangenen Wochen zu stark abverkauft worden. Die erstellten Horrorszenarien entsprächen aber nicht der politischen Interessenlage. Zwar sei Bewegung in die Branche gekommen, die lange Talfahrt habe aber viel Aktionärsvermögen vernichtet.

RWE

RWE-Chart

Hinzu komme ein gutes Chartbild der Aktie, sagte ein Börsianer. Sie stabilisiere sich zusehends oberhalb von 11 Euro. Der Jahresbeginn ist der RWE-Aktie mit einem leichten Plus von knapp einem Prozent bisher gelungen. Nur die Aktie des Sportartikelherstellers Adidas ist im Dax besser gelaufen. "Wie stark die Kauflaune aber wirklich ist, wird sich nun sehr schnell zeigen: Um zwölf Euro verläuft ein Abwärtstrend, darüber wäre dann Luft bis mindestens 14 Euro", sagte Chartexperte Franz-Georg Wenner vom Börsenstatistik-Magazin Index-Radar.

dpa/syg

Finanzen.net, 19.01.2016

RWE hält Runden Tisch zum Kohleausstieg für überflüssig

Anmelden FACEBOOK EMAIL DRUCKEN

0 KOMMENTARE

Kommentar schreiben

AKTIEN IN DIESEM ARTIKEL

RWE AG (spons. ADRs)
10,99 EUR -1,85%

Charts|News|Analysen
Kaufen Verkaufen

TOP THEMEN HEUTE

Rekordverlust für Deutsche Bank - Cryan: Konzernumbau alternativlos - Aktie sackt ab

Diese 10 Fakten könnten heute wichtig werden

Pharma & Biotech: Das sind die besten Aktien!

BERLIN (Dow Jones)--Der Energiekonzern RWE sieht keine Notwendigkeit für einen Plan zum Kohleausstieg. "Ich sehe keinen Bedarf für einen Runden Tisch", sagte RWE-Vorstandsmitglied Rolf Martin Schmitz am Dienstag auf der Handelsblatt-Tagung Energiewirtschaft in Berlin. Er glaube, dass sich der Einsatz der Kohle parallel zum Bedarf entwickeln werde, sagte Schmitz. "Der Markt wird es regeln." Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatte zuvor zu einer sachlichen Diskussion mit "beiden Seiten" aufgerufen.

Anzeige

5 Aktien reichen aus

die-boersenprofis.de

Börsen-Guru Rolf Morrien verrät Ihnen die Top-Aktien für 2016!

Die Berliner Denkfabrik Agora Energiewende hatte jüngst einen Runden Tisch zum Ausstieg aus der Kohle bis zum Jahr 2040 vorgeschlagen. Bei RWE war bisher vom Jahr 2050 die Rede. "Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Unterschied von zehn Jahren ein unüberbrückbares Problem darstellt", sagte Gabriel dazu am Dienstag.

Für RWE spielt die Kohleverstromung eine wichtige Rolle. Rund 60 Prozent des im Jahr 2014 erzeugten Stroms des Konzerns stammte aus Stein- und Braunkohlekraftwerken. Derzeit steht RWE vor einem großen Umbruch: Im Dezember hatte der Konzern angekündigt, seine Zukunftsaktivitäten von der konventionellen Stromerzeugung zu trennen. Das Ökostromgeschäft, den Vertrieb und das Netzgeschäft will der Konzern in eine neue Aktiengesellschaft überführen. Rund 10 Prozent der Anteile an dieser Gesellschaft will RWE Ende dieses Jahres im Zuge einer Kapitalerhöhung an die Börse bringen.

Kontakt zum Autor: jenny.busche@wsj.com

DJG/jen/chg

(END) Dow Jones Newswires

NEWSSUCHE

Suchtext oder TT.MM.JJJJ GO

MEISTGELESENE RWE NEWS

19.01.16	RWE hält Runden Tisch zum Kohleausstieg für überflüssig
13.01.16	UPDATE/RWE verdoppelt Gewinn im Ökostromgeschäft
08.01.16	RWE Supply & Trading has sold Lynemouth Power station to Czech utility company Energeticky a prumyslovy holding (EPH)
13.01.16	RWE aims to continue growth in renewables
23.12.15	RWE and E.ON jointly sell their minority stakes in the Luxembourg utility Enovos
11.01.16	Hildegard Müller to join RWE Group on 1 May 2016

Weitere RWE News

INSIDE Anzeige

ING Markets: GOLD - Die ersten kommen zurück

UBS: Deutsche Telekom AG: Knapp oberhalb wichtiger Unterstützung gestoppt

HSBC: DAX® (Weekly) - Trübe Aussichten

Themen-Check: Fragwürdige Strategien zur Verlustbewältigung

BNP Paribas: NEWS | Kampf um wichtige Bastionen

Vontobel: Attraktive Aktienanleihen

Commerzbank: DAX: Key-Support erreicht – Technische Analyse vom 21.01.2016

DekaBank: Volkswirtschaft: Emerging Markets Trends Januar 2016

MEHR ZUR RWE-AKTIE

Finanztreff.de, 19.01.2016

ÜBERBLICK am Mittag/Konjunktur, Zentralbanken, -2-

19.01.2016 - 13:30 | Quelle: Dow Jones Newswire Web

Log In G+1 0 Tweet

DJ ÜBERBLICK am Mittag/Konjunktur, Zentralbanken, Politik

Die wichtigsten Ereignisse und Meldungen zu Konjunktur, Zentralbanken, Politik aus dem Programm von Dow Jones Newswires

Gabriel gibt Erneuerbaren keinen Freifahrtsschein nach Klimakonferenz

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will nach dem Pariser Klimagipfel den Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht beschleunigen. Gabriel enttäuschte die Hoffnungen aus der Branche, die nach der Weltklimakonferenz auf höheres Tempo setzt. Man dürfe die Absprachen aus der Vergangenheit nicht vergessen, sagte der SPD-Chef auf der Energietagung des Handelsblatts am Dienstag in Berlin.

Gabriel: Kein Ausstieg aus Kohle ohne neue Jobs in der Lausitz

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat den Braunkohlekumpeln in der Lausitz und dem Rheinischen Revier Hilfe für die Zeit nach dem Kohleausstieg versprochen. "Man darf nicht den Leuten in der Lausitz und zum Teil auch im Rheinischen Revier einen Ausstiegsplan vorlegen und sagen, um die Frage was Ersatzarbeitsplätze angeht, da machen wir mal ein paar Gutachten", sagte Gabriel am Dienstag auf dem Energiekongress des Handelsblattes in Berlin.

RWE hält Runden Tisch zum Kohleausstieg für überflüssig

Der Energiekonzern RWE sieht keine Notwendigkeit für einen Plan zum Kohleausstieg. "Ich sehe keinen Bedarf für einen Runden Tisch", sagte RWE-Vorstandsmitglied Rolf Martin Schmitz am Dienstag auf der Handelsblatt-Tagung Energiewirtschaft in Berlin. Er glaube, dass sich der Einsatz der Kohle parallel zum Bedarf entwickeln werde, sagte Schmitz.

RWE besteht auf Kapazitätsmarkt

RWE-Vorstand Rolf Martin Schmitz hat die Forderung nach einem sogenannten Kapazitätsmarkt bekräftigt. Angesichts der derzeitigen niedrigen Börsenstrompreise ließen sich bei den konventionellen Kraftwerken "nicht mal mehr die Rahmenkosten decken", sagte Schmitz bei einer Konferenz in Berlin.

Bloomberg, 19.01.2016

RWE, E.ON Shares Jump as Gabriel Defers Coal Phase-Out Talks (2)
2016-01-19 17:42:59.498 GMT

By Brian Parkin and Tino Andresen
(Bloomberg) -- German utilities RWE AG and EON SE jumped after Economy and Energy Minister Sigmar Gabriel deferred debate on the country's phase-out of coal-fired power.
Discussion on Germany's energy mix must "follow the right sequence" and take its cue from the outcome of the reform of Europe's emissions trading system, Gabriel said Tuesday in Berlin. Revamping the pricing mechanism for carbon pollution has priority over deliberations on the future of coal-fired power, the Social Democrat said.
The outcome of global climate protection talks in Paris last month and pledges by companies such as Allianz SE to pull investments in conventional power generation has raised pressure on Gabriel to debate Germany's dependence on hard coal and lignite-fired power. Around-the-clock power supplied by coal and gas still make up most of Germany's energy mix.
"The comments from Gabriel are constructive toward normal generation, which probably improved market sentiment toward the stocks and led the rally," Deepa Venkateswaran, an analyst at Sanford C. Bernstein & Co. in London, said by phone. "He is also saying that they aren't in any hurry to exit coal, which is generally a worry for RWE."
RWE and EON closed at their highest this year and were the biggest gainers on Germany's benchmark DAX index. RWE rose 8.7 percent to close at 11.86 euros ($12.94) a share. EON gained 7.6 percent, the most since Sept. 17, to close at 8.829 euros.

Right Sequence

"We have to follow the right sequence, first ensure that the emissions trading system in Europe gets into gear again," Gabriel said at a Handelsblatt energy conference. "It's hard to understand" why Germany focuses its climate protection goals on the power sector "when that has to function Europe-wide with the emissions trading system."
The government plans to put together its climate protection policy to 2050 this year, increasing speculation that it would include closing coal plants. The European Commission is expected to present new proposals this year that will boost the price of carbon pollution permits after prices plummeted.
While the Paris climate resolutions have stepped up pressure on the government to spell out its plans for coal, the most polluting fossil fuel, there is concern the country's push to green power boosts the risk of blackouts when it isn't windy or the sun's not shining.

Coal and gas plants are still needed for now to ensure

power system stability, and policy decisions need to consider that, Gabriel said.
Climate protection policy must also include the role of transport and agriculture in carbon dioxide emissions, and not just focus on power generation, he said.

Top Agrar Online, 20.01.2016

„Keinen Welpenschutz für die Erneuerbaren Energien mehr“

20.01.2016 - Diethard Rolink

3

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat gestern (19.01.2016) auf der Handelsblatt Jahrestagung „Energiewirtschaft 2016“ durchblicken lassen, wie er sich den weiteren Verlauf der Energiewende vorstellt. Eines seiner Hauptziele: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll sich künftig stärker als bislang am Markt orientieren. Nachdem die Regierung bereits in den Jahren zuvor die Anlagenbetreiber teilweise dazu gezwungen habe, ihren Strom direkt zu vermarkten, wolle man nun den Bau neuer Anlagen ausschreiben.

Außerdem müsse der Neubau des Stromnetzes vorangetrieben werden. Dieser halte derzeit nicht Schritt mit dem Ausbau der Wind- und Solarenergie. Gabriel betonte auch, dass er sich früher als Bündnispartner der Erneuerbaren gesehen habe. Diese Schützenhilfe halte er aber nicht mehr für notwendig. Die Branche sei erwachsen geworden und kaum von der der konventionellen Energiewirtschaft zu unterscheiden. Daher halte er es für richtig, nun Distanz zwischen Lobbyismus und Politik aufzubauen.

Verivox.de, 20.01.2016

VERIVOX

Strom – Gas – Versicherungen – Konto & Kredit – Immobilien Auto – DSL – Handy & Ta

Startseite › Strom › Nachrichten

Streit um Kohle-Verstromung spitzt sich zu

dpa | 20.01.2016

© Tom Hanisch de/fotolia.com

Berlin/Düsseldorf - Die Debatte um die Kohle-Verstromung spitzt sich weiter zu. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) fordert einen Runden Tisch zum Thema. Für mögliche Ausstiegsszenarien nennt Gabriel klare Bedingungen.

Das Thema müsse undeologisch und nicht im Stil von "Erdbebenwellen" diskutiert werden, sagte er am Dienstag bei der "Handelsblatt" Jahrestagung Energiewirtschaft in Berlin. "Wir werden in diesem Jahr beginnen, die Beteiligten einzuladen."

Klimaschutz-Diskussionen dürften außerdem nicht einseitig den Strom zum Thema haben. In anderen Bereichen wie Verkehr und Landwirtschaft seien nach den Planungen insgesamt noch weit größere CO2-Mengen einzusparen als beim Strommarkt.

"Kein Ausstieg ohne Ersatzjobs"

Er sei nicht bereit, über Ausstiegsszenarien für Kohlenegionen wie die Lausitz oder das Rheinische Revier zu reden, ohne gleichzeitig realistische Einstiegsszenarien für nachhaltige und anständig bezahlte Ersatzjobs der Beschäftigten zu besprechen, betonte Gabriel. In den beiden Kohlenrevieren arbeiten jeweils rund 10.000 Menschen.

Die Grünen hatten zum Jahresbeginn unter anderem aus Klimaschutzgründen einen schnellen Ausstieg aus dem Kohlestrom in 15 bis 20 Jahren gefordert. In einem Konzept der Denkfabrik Agora Energiewende wurde ein Ausstieg bis 2040 vorgeschlagen. Industrie, Gewerkschaften und große Teile der SPD vor allem in Nordrhein-Westfalen lehnen ein schnelles Ende der Kohle jedoch ab.

Bis 2022 sollen in Deutschland bereits die letzten Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Die Gewerkschaften fürchten, dass ein rascher Kohleausstieg nicht ohne betriebsbedingte Kündigungen möglich wäre.

Fossile Kraftwerke unverzichtbar zur Sicherung der Energieversorgung

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sagte dem "Handelsblatt" (Dienstag), fossile Kraftwerke seien auf Sicht noch unverzichtbar zur Sicherung der Energieversorgung in Deutschland. Sie könne sich vorstellen, dass das letzte Kohlekraftwerk in Nordrhein-Westfalen etwa 2050 vom Netz gehe. Denn etwa in diesem Zeithorizont ende auch der Braunkohleabbau.

Der Vizechef des Energiekonzerns RWE, Rolf Martin Schmitz, sagte, angesichts des niedrigen Strom-Großhandelspreises sei die Debatte ohnehin überflüssig. Die Industrie könne Kohlekraftwerke kaum mehr wirtschaftlich betreiben. "Das ist Cash-burning (Geldverbrennen), das schaffen wir nicht." Er rechne damit, dass 2018 ein Kapazitätsmarkt komme. Ein solcher Mechanismus brächte eine Bezahlung der Industrie für das Vorhalten von konventionellem Strom für Zeiten ohne ausreichend Wind und Sonnenschein. Gabriel lehnt das aber bisher ab.

Nachholbedarf beim Netzausbau

Aus Sicht des SPD-Chefs liegt der größte Nachholbedarf in der Energiewende beim Netzausbau. Er setze darauf, dass der Beschluss zum Vorrang für Erdkabel bei Gleichstromleitungen zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung und zu einem höheren Ausbautempo führen werde.

Erneuerbare Energien, 20.01.2016

Politische Jahrestagung der Energiewirtschaft

Kohle am eckigen Tisch

Die Debatten des Energiejahrs 2016 sind eröffnet. Auf der Handelsblatt-Tagung „Energiewirtschaft", dem klassischen Auftakttreffen der deutschen Energiebranche, signalisiert Energie- und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel: Er will über den Kohleausstieg reden, aber nur unter bestimmten Bedingungen.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel trat bei der Energiewirtschaftstagung der Berliner Wirtschaftszeitung Handelsblatt als Zuneigungsverweigerer auf: Die Zeit des "Welpenschutzes" für erneuerbare Energien sei vorbei, erklärte er.

Foto: Deutscher Bundestag/Joachim Melde

Die gemütlichen Zeiten für die deutsche Energiewirtschaft sind vorbei. Einst fuhr man im Januar nach Berlin, um sich im trauten Kreis über Vertrautes auszutauschen und der Politik auf die Zettel zu schreiben, was die Branche bitteschön von ihr erwartet. Handelsblatt-Tagung „Energiewirtschaft" hieß dieses Treffen in illustrer Runde. Das Treffen gibt es auch heute noch, es steht aber unter ganz anderem Motto. Der Gastgeber, Herausgeber Gabor Steingart, ruft den Teilnehmer gleich zu Beginn zu „Klagen ist kein Geschäftsmodell" – und bremst damit eine weit verbreitete Branchen-Unart aus. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel mahnt, man solle sich in Deutschland angesichts der guten wirtschaftlichen Lage nicht „zu sicher fühlen".

Den Einstieg hätte sich Gabriel sparen können: Denn sicher fühlt sich in der Energiebranche keiner mehr. Weil das alte Kraftwerksgeschäft nicht mehr funktioniert, wollen sich jetzt alle ganz stark am Kunden und dessen Wünschen orientieren. Nur ist dieser Kunde für viele ein bislang unbekanntes Wesen und er erweist sich just auch noch als bindungsscheu. 200.000 mal wird täglich „Strom und Gas" gegoogelt, berichtet Markus Hinz von Google Deutschland, von Nutzern, die auf der Suche nach einem neuen Energieanbieter sind. Bernhard Reutersberg, Chief Markets Officer, der neu aufgestellten Eon kennt die Zahl und schlussfolgert: „Kunden die suchen, sind unzufrieden." Ob diese Unzufriedenen bei Eon oder einem der anderen bekannten Akteure landen, ist längst nicht ausgemacht. Denn überall schiebe sich zwischen „Produzent und Konsument" die „Plattform-Ökonomie", umschreibt Wirtschaftsminister Gabriel ein Phänomen der Digitalisierung. Und Digitalisierung – da waren sich alle Referenten des ersten Konferenztages einig – greift mit Macht in der Energiewirtschaft um sich.

Neuerlicher Wandel der Energielandschaft durch Digitalisierung

Wer künftig solche Plattformen anbietet, ist völlig offen. Und die Wahrscheinlichkeit, dass es eher branchenfremde Unternehmen sind, ist groß. Solche und andere eher demütige Töne sind zu hören. Das ist neu in der deutschen Energiewirtschaft.

Schon vertrauter ist da der leicht übellaunige Auftritt des Energie- und Wirtschaftsministers. In einem Parforce-Ritt bügelt er alle Wünsche ab, das bisherige Ausbauziel für erneuerbare Energien zu erhöhen und die Ausbaukorridore zu öffnen – das haben die Energieminister der Bundesländer bei ihm angemahnt. Und er setzt noch eins drauf: Die Zeit des „Welpenschutzes" für erneuerbare Energien sei vorbei, so Gabriel. Für ihn sind sie jetzt „Jagdhunde" und aus seiner Sicht offenkundig dabei, das „klassische Geschäftsmodell fossiler Kraftwerke" wegzubeißen. Beschleunigen will er diesen Vorgang nicht. Immerhin: Über einen Mindestausbau bei Windenergie an Land von 2.000 Megawatt jährlich will er reden.

Gabriel: Debatte über Kohleausstieg und Klima ab Frühjahr

Reden will er auch über den Kohleausstieg. Zwar nicht sofort – schließlich stehen in Kürze ein paar wichtige Landtagswahlen ins Haus – aber bald. Unter welchen Bedingungen er sich mit den Beteiligten an einen „runden oder auch eckigen" Tisch setzen will, macht Gabriel ebenfalls klar: Parallel zum Ausstieg muss es um konkrete Alternativen für die Beschäftigten in der Lausitz & Co. gehen. Und er will den Diskurs nur zusammen mit der breiteren Klimaschutzdebatte führen, namentlich den Maßnahmen, die gerade im Rahmen des Klimaschutzplans vom Bundesumweltministerium erarbeitet werden. Diesen Plan will das Ministerium im Frühjahr präsentieren. Womit auch klar wäre: Die Energiedebatte wird im laufenden Jahr nicht weniger intensiv und hart sein als im vorigen.

Teilnehmer der Handelsblatt-Tagung können sich darauf auch in anderer Form fit machen: Beim traditionellen Morgenlauf um 7.00 Uhr durch den Tiergarten. Temperaturen in Berlin derzeit: -5 Grad Celsius. Ziemlich ungemütlich.

(Hanne May)

WINGAS, 20.01.2016

WINGAS-Geschäftsführer Gerhard König: „Eine Energiewende ohne Wärmemarkt wird scheitern“

Eine Energiewende ohne ernsthafte CO_2-Reduzierung ist kein Erfolg - das betonte jetzt WINGAS-Geschäftsführer Gerhard König bei der Podiumsdiskussion „Strategische Agenda“ auf der Handelsblatt-Jahrestagung Energiewirtschaft 2016 in Berlin. „Wenn wir als Nation wirklich unsere Klimaziele erreichen wollen, müssen wir über den verstärkten Einsatz von Erdgas sprechen.“

WINGAS-Geschäftsführer Gerhard König: Erdgas muss als Teil der Lösung für die Probleme der Energiewende viel intensiver in den Blick genommen werden.

Zu Beginn des Branchentreffens hatte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel mehr Marktwirtschaft für den Energiemarkt angekündigt, um die Energiewende zu stabilisieren. „Ein richtiger Ansatz“, kommentierte Gerhard König die Rede des Wirtschaftsministers. „Aber praktisch wird das Gegenteil derzeit gemacht“, betonte der Sprecher der WINGAS-Geschäftsführung vor mehr als tausend führenden Vertretern der Energiewirtschaft in Berlin. Das Gleiche gelte für den Klimaschutz – das eigentliche Ziel der Energiewende. „Der CO_2-Ausstoß sollte sinken und nicht steigen, was bislang nicht gelungen ist“, stellte König auf der Handelsblatt Jahrestagung „Energiewirtschaft 2016“ fest.

Erdgas müsse als Teil der Lösung für die Probleme der Energiewende viel intensiver in den Blick genommen werden. Mehr als ein Drittel der CO_2-Emissionen in Deutschland stammen aus dem Wärmemarkt. „Der Wärmemarkt kann – wie in Sigmar Gabriels Rede – nicht einfach unter Verkehr, Landwirtschaft und andere Bereiche subsumiert werden", so König. „Das Thema Heizen muss ganz vorne auf die Agenda." Rund 40 Prozent der deutschen CO_2-Emissionen entstehen im Wärmemarkt. In keinem anderen Bereich lassen sich so kostengünstig und so schnell Effekte für den Klimaschutz erzielen.

Anreize müssen geschaffen werden
König: „Rund 96 Prozent der Einfamilien- und Reihenhäuser sind in Privatbesitz - damit lässt sich der Wärmemarkt natürlich schwerer umgestalten als der Strommarkt. Es müssen also Anreize geschaffen werden, damit die Eigentümer mitziehen." Rund 75 Prozent aller Heizungskessel seien veraltet und stießen damit mehr CO_2 aus als nötig.

Ein weiteres Thema, das auf dem Branchentreffen intensiv diskutiert wurde, ist die zunehmende Digitalisierung. Wir haben heute tausende von Kundenanfragen", erklärte der WINGAS-Geschäftsführer. „Ohne den richtigen Einsatz von IT könnten wir das nicht abwickeln." Die explosionsartige Entwicklung im IT-Bereich sei jedoch gleichzeitig die größte Herausforderung für die Branche. König: „Niemand kann genau abschätzen, wohin die Entwicklung geht und was in zehn Jahren ist. Unsere Aufgabe als Management ist es, eine leistungs- und zukunftsfähige IT-Landschaft aufzubauen."

Über tausend Teilnehmer
Rund 1200 Teilnehmer diskutieren auf der 23. Handelsblatt Jahrestagung mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung die Energiewende. WINGAS ist vom 19. bis 21. Januar 2016 mit einem Stand auf der größten Energietagung im deutschsprachigen Raum vertreten.

Mehr Informationen zur Talkrunde mit Gerhard König zum Thema „Strategische Agenda 2016/2017ff" in Deutschland finden Sie hier: **www.handelsblatt-energie.de**

WINGAS, 20.01.2016

20.01.2016

König: „Eine Energiewende ohne Wärmemarkt wird scheitern“

Berlin/Kassel. Eine Energiewende ohne ernsthafte CO2-Reduzierung ist kein Erfolg - das betonte WINGAS-Geschäftsführer Gerhard König jetzt bei der Podiumsdiskussion „Strategische Agenda“ auf der Handelsblatt-Jahrestagung Energiewirtschaft 2016 in Berlin. „Wenn wir als Nation wirklich unsere Klimaziele erreichen wollen, müssen wir über den verstärkten Einsatz von Erdgas sprechen.“

Zu Beginn des Branchentreffens hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel mehr Marktwirtschaft für den Energiemarkt angekündigt, um die Energiewende zu stabilisieren. „Ein richtiger Ansatz“, kommentierte Gerhard König die Rede des Wirtschaftsministers. „Aber praktisch wird das Gegenteil derzeit gemacht“, betonte der Sprecher der WINGAS-Geschäftsführung vor mehr als tausend führenden Vertretern der Energiewirtschaft in Berlin. Das Gleiche gelte für den Klimaschutz – das eigentliche Ziel der Energiewende. „Der CO2-Ausstoss sollte sinken und nicht steigen, was bislang nicht gelungen ist“, stellt König auf der Handelsblatt Jahrestagung „Energiewirtschaft 2016“ fest.

Erdgas müsse als Teil der Lösung für die Probleme der Energiewende viel intensiver in den Blick genommen werden. Mehr als ein Drittel der CO2-Emissionen in Deutschland stammen aus dem Wärmemarkt. „Der Wärmemarkt kann – wie in Sigmar Gabriels – nicht einfach unter Verkehr, Landwirtschaft und andere Bereiche subsumiert werden“, so König. „Das Thema Heizen muss ganz vorne auf die Agenda.“ Rund 40 Prozent der deutschen CO2-Emissionen entstehen im Wärmemarkt. In keinem anderen Bereich lassen sich so kostengünstig und so schnell Effekte für den Klimaschutz erzielen.

König: „Rund 96 Prozent der Einfamilien- und Reihenhäuser sind in Privatbesitz - damit lässt sich der Wärmemarkt natürlich schwerer umgestalten als der Strommarkt. Es müssen also Anreize geschaffen werden, damit die Eigentümer mitziehen.“ Rund 75 Prozent aller Heizungskessel seien veraltet und stießen damit mehr CO2 aus als nötig.

Rund 1200 Teilnehmer diskutieren auf der 23. Handelsblatt Jahrestagung mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung die Energiewende. WINGAS ist vom 19. bis 21. Januar 2016 mit einem Stand auf der größten Energietagung im deutschsprachigen Raum vertreten.

Mehr Informationen zur Talkrunde mit Gerhard König zum Thema „Strategische Agenda 2016/2017ff“ in Deutschland finden Sie hier: www.handelsblatt-energie.de.

Ihr Ansprechpartner

Nicholas Neu
Königstor 20
34117 Kassel
Tel.: +49 (0) 561 99858-3350
E-Mail: presse[at]wingas.com

Ihre Ansprechpartnerin

Daniela Rechenberger
Königstor 20
34117 Kassel
Tel.: +49 (0) 561 99858-3350
E-Mail: presse[at]wingas.com

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

ZfK – Zeitung für kommunale Wirtschaft, 21.01.2016

Glaubwürdigkeit für neue Kundenprodukte nutzen

Bild: hcn

Von links: Angela Hennersdorf (Wirtschafts Woche), Calr-Ernst Giesting (RWE), Ralf Klöpfer (MVV), Thomas Fritz (Oliver Wyman) diskutieren über neue Produkte von Energieversorgern.

Es gibt ein hohes Kundeninteresse für neue Produkte von Energieversorgern. Dies ergab nun eine Haushaltsbefragung der Unternehmensberatung Oliver Wyman.

Stadtwerke und Energieversorger genießen eine hohe Glaubwürdigkeit bei Endkunden und gleichzeitig haben diese ein großes Interesse an neuen Produkten. Dieses Potenzial gilt es nun zu nutzen, um neue Ertragsquellen und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Zu diesem Fazit kommt eine aktuelle Studie der Unternehmensberatung Oliver Wyman, die am Mittwoch auf der Handelsblatt Tagung Energiewirtschaft in Berlin vorgestellt und diskutiert wurde.

50 Prozent von 800 befragten Haushalten können sich vorstellen, eine Solaranlage und eine Batterie-Paketlösung, ein Hauswärmepaket, intelligente Stromtarife und Energieberatung von einem Energieversorger zu beziehen. Bei Produkten und Dienstleistungen aus dem Bereich Smart-Home sind es sogar 60 Prozent, erläuterte Thomas Fritz, Principal bei Oliver Wyman. Dazu gehören etwa Telefonie, Unterhaltung und Strom aus einer Hand sowie elektronische Assistenzsysteme für Senioren oder Produkte in Bereichen „Unterstützung im Haushaltsalltag", etwa Beratung zum Gesunden Wohnen. „Diese Must-Have-Produkte sollten Energieversorger unbedingt in ihrem Portfolio haben", so Fritz. Denn sie seien wichtige Voraussetzung dafür, bestehende Kunden zu gewinnen und neue zu binden.

„Wir sind dabei, hier mehr zu machen", unterstrich Carl Ernst Giesting, Vorstandsvorsitzender der RWE Vertrieb AG. Dies gehe von der Neuorganisation des Unternehmens, über Kundenbefragungen, Ideenschmieden im Silicon Valley bis weltweiten Kooperationen und Übernahmen. Ähnlich äußerte sich Ralf Klöpfer, Mitglied des Vorstands der MVV Energie AG. Kundenorientierte Innovationen und der Vertrieb seien nun zunehmend im Fokus des Geschäfts und des Unternehmensumbaus. Entscheidend, um im Wettbewerb mit Internetriesen wie Google und Amazon mithalten zu können, sei jedoch die Skalierung der nötigen Online-Plattformen. „Es macht keinen Sinn, wenn wir dies selbst aufbauen", sagte Giesting. „Wir brauchen die Skalierung, damit wir im Wettbewerb mitspielen können", betonte auch Klöpfer. Eine Möglichkeit sei jedoch, sich in bestehende Plattformen wie den Apple App-Store anzudocken. Konkret sei man jedoch noch nicht so weit.

„Die neue Generation Apple ist sehr verwöhnt", unterstrich Angela Hennersdorf von der Wirtschaftswoche. Entsprechende Angebote müssten professionell und einfach sein. Trotzdem müsse es nun darum gehen, dass Energieversorger nun nicht länger abwarten, sondern den Vorteil ihrer hohen Glaubwürdigkeit nutzen und auch einfache Produkte wie kombinierte Tarifpakte anböten. „Denken Sie nicht so kompliziert, machen sei einfach mal erste praktische Schritte und nutzen Sie das Kundeninteresse", schrieb sie den Versorgern ins Stammbuch. (hcn)

Energie-Nachrichten – Nouvelles de l'énergie, 25.01.2016

Energie-Nachrichten
Nouvelles de l'énergie

Die Energiewirtschaft vor Veränderungen

Bericht über die 23. Handelsblatt Jahrestagung in Berlin (19.-21. Januar 2016), den Schweizerischen Stromkongress (11.-12. Januar 2016) und die Stromtagung des CC Energy Management der Universität St. Gallen (27. November 2015)

jeb. Wie das WEF in Davos war auch die diesjährige Handelsblatttagung zu einem grossen Teil der Herausforderung der Digitalisierung und ihrer Bedeutung für die Energiewirtschaft von morgen gewidmet. Damit betrat die Berliner Tagung Neuland.

Die zahlreichen Referate, Diskussionsbeiträge und Erfahrungsansätze aus verschieden grossen Unternehmungen zeigten den Willen, für den mit der Digitalisierung verbundenen Transformationsprozess möglichst von Anfang an gerüstet zu sein. Es gelte, sich für die neue Zeit zu entscheiden, auch wenn noch nicht absehbar sei, was dies bedingt und wie die Digitalisierung als Transformationsschritt in einer disruptiven Zukunft genau zu fassen ist.

Klar wurde eigentlich nur, dass mit Digitalisierung etwas Anderes gemeint ist als die blosse Weiterentwicklung der bisherigen Datenerfassung zur Abwicklung des Stromgeschäfts. Vielmehr sollen die Daten selbst einen kommerziellen Wert erhalten. Das Energieunternehmen wird damit in die Lage versetzt (meist im Zusammenspiel mit anderen Dienstleistern), dem Kunden persönlich zugeschnittene Energielösungen anzubieten. Die gelieferte Kilowattstunde dürfte dabei zur Nebensache werden, wie die Milch im Frühstücksmüesli.

Mehrere Referenten waren bemüht, den anstehenden Transformationsschritt als vier D-Wörter darzustellen.

Dekarbonisierung – Demokratisierung – Demographischer Wandel – Digitalisierung

oder

Dekarbonisierung – Dezentralisierung – Decreasing Demand – Digitalisierung

Wie weiland Bundesrat Maurer sich die beste Armee der Welt erhoffte, plädierte Bundeswirtschaftsminister Gabriel dafür, dass sein Land bis 2020 die beste digitale Infrastruktur der Welt aufbaue, um das Geschäftsmodell nicht anderen zu überlassen. Insgesamt prägte der Aufruf zum Anpacken «mit deutscher Gründlichkeit» die Handelsblatttagung, obwohl Ziel und Weg noch keineswegs bekannt sind.

Im Vergleich dazu waren der Stromkongress von VSE und electrosuisse und die erstmals durchgeführte Stromtagung der Universität St. Gallen viel bodenständiger und behäbiger, ohne dass sie die Herausforderungen der Neugestaltung in disruptiven Zukünften vernachlässigt hätten.

Für die anstehenden Fragen der schweizerischen Energiepolitik liess der Berliner Kongress ebenfalls Schlüsse zu, die hier auf fünf Aspekte zugespitzt seien:

1. Mit aller Deutlichkeit plädierte Vizekanzler Gabriel dafür, der zeitlich und mengenmässig ungebremsten Förderung der erneuerbaren Energien ein Ende zu setzen und sie in den Markt zu integrieren. Anschaulich die Aussage, Welpen seien lobbyierende Jagdhunde geworden. Der erste Teil der Energiewende sei nun abzuschliessen und in ein System

   erneuerbare Energien + Stromnetz + Markt

   überzuführen. Schweizer Ohren fühlten sich dabei an die geplante Sunset-Regel für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) und die Strategie Stromnetz erinnert, die eine bedarfs- und zeitgerechte Entwicklung der Stromnetze sicherstellen will und damit ein wichtiges Element für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 bildet.

2. Einhellig monierte der schweizerische Stromkongress in Bern, Rückgrat der Stromversorgung müsse die Wasserkraft bleiben. Ob als (beschränkte) Batterie Europas oder für die Eigenversorgung musste nicht geklärt werden. Dass die Politik nach Lösungen sucht, die Wasserkraft in wirtschaftlich unrentablen Zeiten zu stützen, lässt sich vielleicht mit der Aussage von Sigmar Gabriel vergleichen, trotz allem Kostenbewusstsein die weitere Entwicklung von Off-shore-Wind zu stützen, damit bei dieser aussichtsreichen Energie keine Brüche im Ausbau entstehen.

3. Der Bundeswirtschaftsminister wie auch die Bundesumweltministerin Hendricks räumten ein, dass trotz des Klimaabkommens von Paris ein rascher Ausstieg aus der Verstromung von Kohle nicht in Frage kommen könne. Sigmar Gabriel erinnerte daran, dass der allzu rasch beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie (!) zu energiewirtschaftlichen Problemen und volkswirtschaftlichen Kosten geführt hat, die an sich vermeidbar gewesen wären. Der Fehler dürfe nun beim Ausstieg aus der Kohle nicht wiederholt werden. Auf die Schweiz übertragen ist damit die

   Frage fester Abschaltdaten für Kernkraftwerke angesprochen. Interessant übrigens, dass Gabriel überzeugt ist, dass die Energie aus deutschen Atomkraftwerken technisch nur durch dezentrale Erzeugung ersetzt werden könnne.

4. In verschiedene Referaten an der Handelsblatt Jahreskonferenz wurde für eine sektorübergreifende Energieversorgung plädiert, im schweizerischen Sprachge

brauch also für die Konvergenz der leitungsgebundenen Energien. Dies war auch das Plädoyer des Vertreters des Weltenergierates in Bern, der das Ende der Subventionen für die erneuerbaren Energien und den zügigen Ausbau einer konvergenten Infrastruktur anmahnte.

5. Die Botschaft für ein Klima- und Energielenkungssystem sieht vor, neben den mit der Verpflichtung zum Klimaschutz begründeten CO_2-Abgaben ebenfalls Lenkungsabgaben auf Energie einzuführen. Sollte sich in den nächsten Jahren der vorausgesagte Wandel der Energiewirtschaft zu digitalen Dienstleistern tatsächlich einstellen, ist zu fragen, ob – trotz Ende der KEV-Neuverpflichtungen – ein Energielenkungssystem noch in die Landschaft passt.